

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
27 (1913)**

96 (25.4.1913)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-579941](#)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Nebnation und Haupt-Egpedition Büstringen, Peterstraße Nr. 20/22. Berusprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Uilmenstraße Nr. 24.

Tas Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementsspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Fringerohn 75 Pf., bei Selbstabholung von der Expedition 65 Pf., durch die Post bezogen vierzählig 2,25 Pf., für zwei Monate 1,50 Pf., monatlich 75 Pf. einschließlich Postzettel.

Mit Unterhaltungs-Beilage
und dem Sonntagsblatt „Die Neue Welt“

Bei den Inseraten wird die schmalspaltene Pettizelle oder deren Raum für die Anzeigen in Büstringen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Filialen mit 15 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Anzeigen 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Großere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unverbindlich. Reklamezelle 50 Pf.

27. Jahrgang.

Büstringen, freitag den 25. April 1915.

Nr. 96.

Der Erfolg des Generalstreiks.

Der belgische Wahlrechtsstreit hat einen Erfolg erzielt. Man mag den Verluste der Kammer, der einer Verfassungsrevision die Bahn eröffnet, hoch oder niedrig bewerten, sicher ist, daß dieser Belgisch ein Fortschritt ist, sicher ist, daß dieser Belgisch gefehlt wurde unter dem Druck des politischen Waffenstreits. Ein Erfolg ist erreicht und eine Tatsache ist gekommen; die von gewaltiger Bedeutung ist für die belgische Geschichte — vielleicht nicht nur für die belgische!

Die Klerikalen, die ihren Rückzug nicht eingestehen wollen, sagen, der Verluste biete nichts wesentlich Neues. Die Vertreter der kämpfenden Organisationen erheben in ihm ein Zugeständnis von großer grandioser Bedeutung. Der rechte hat, vermag nur die Zukunft zu entscheiden. Der Kammerbeschuß, die Revisionskommission, die Kammerwahlen werden das sein, was das Volk aus ihnen machen wird. Das arbeitende Volk geht aber mit gefeiertem Wahlberechtigt aus dem beiderthalten und glücklichen Kampfe hervor, und die durchdringende Welle des Wahlrechts wird rein und ohne Sparten aus ihm zurückspringen; sie hat sich bewährt und bleibt auch für die Zukunft verwendbar. Die belgischen Radikale leben sich einem Volle gegenüber, das bereit ist, für seine Freiheit alles zu wagen. Sie wissen das und müssen damit rechnen. Der Wahlenstreit hat ihnen den Verluste vom 22. April abgetragen, er wird ihnen ein andermal, wenn es sein muß, noch mehr abtragen.

Mit anarchistischen Generalstreikphantomen hat der belgische Wahlrechtsstreit nichts zu tun. Die ihn unternehmen ließen sich nicht durch die Hoffnung blenden, daß es möglich sei, durch den allgemeinen Auftand die feindliche Staats- und Sozialordnung mit einem Schlag zu beseitigen. Sie wußten, daß die Befreiung dieser Ordnung ein ungeheuer schwieriges Werk ist, das nur in einer Reihe von Machtkämpfen schriftweise zum erwünschten Erfolg führe... kann, und sie hatten sich für diesen gegenwärtigen Machtkampf darum nur ein begrenztes Ziel gesetzt: die Eröberung der Demokratie, die politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger. Auch dieses begrenzte Ziel ist durch den Wahlenstreit nur näher in Reichweite gerückt, noch nicht vollständig erreicht worden.

Es ist der Willen des belgischen Volles, es ist ein glänzender Beweis für die Höhe seiner politischen Einsicht, daß ein so gemäßigter Generalstreit unter den gegebenen Umständen zur Tatsache werden konnte. Man kann vielleicht unorganisierte und unaufgeregte Massen in einem derartigen Wagnis hineintragen, wenn sie von der Hoffnung erfüllt sind, mit diesem einmaligen Opfer alles gewinnen zu können. Die Enttäuschung wird nachher umso schwerer sein. Nur ein politisch hochstehendes Proletariat aber wird sich den Opfern und den Gefahren eines so ungewissen Unternehmens in dem Bewußtsein unterwerfen, daß damit im besten Fall nur ein teilweise Erfolg ihrer Befreiungen erzielt werden wird, aber daß dieser Teilserfolg trotzdem wichtig genug ist, um für ihn alles in die Waagschale zu werken.

Was in Belgien zur Tat geworden ist, ist also nicht die Überflutung der Gewerkschaften mit unklaren politischen Ideen, sondern im Gegenteil die Übertragung auf höherer gewerkschaftlicher Methoden auf den politischen Machtkampf. Wie der gewerkschaftliche Kampf, so habe sich auch dieser politische Streit Ziele in der Sphäre des Greifbares gestellt und Teilerfolge mit in Kauf genommen. Die vollständige Unterwerfung des Gegners, der endgültige Sieg der arbeitenden Massen ist und bleibt das große Schlüsselspiel, dem wir alle mit Eifer und Leidenschaft aufstreben. An den Kämpfen des Tages darf aber der scheinbarweile Erfolg, der ehrenhafte Frieden noch mutig geführten Streit nicht für nichts erachtet werden. Rastlosproben wird, wo sie notwendig sind, nicht aus dem Wege gegangen, aber sie werden so geführt, daß die Kraft der Arbeiter am Ende nicht vermindert, sondern vermehrt dasteht, sodoch sie selbst wieder aufgenommen werden können, wenn es gilt. Das ist die Tatsat, die von den großen Gewerkschaftsbünden aller Länder mit wachsendem Erfolge geübt wird; in ihrer Übertragung auf den belgischen Wahlrechtskampf liegt der Beweis, daß sich ihre Erfolgsmöglichkeiten nicht auf das rein wirtschaftliche Gebiet beschränkt, sondern daß sie auch im Kampfe um die Eröberung der politischen Macht zu einer bedeutenden Rolle berufen ist.

Es liegt nahe, von Belgien auf Preußen zurückzuführen. Dazu steht freilich nicht eines für alle schlägt, doch eine Methode, die in einem bestimmten Lande und unter bestimmten Umständen Erfolg gehabt hat, deswegen noch nicht in jedem Lande und zu jedem beliebigen Zeitpunkt zum Ziele führen muß, ist eine Einseitigkeit. Die Wahlenstreit ist für Preußen, die das belgische Experiment mit brennendem Interesse verfolgten, brauchen aus

ihm nicht von heute auf morgen ihre Lehre zu ziehen: ohne Rückwirkung auf Preußen können die belgischen Vorgänge jedoch nicht bleiben! Es hat im preußischen Wahlrechtskampfe sonderbare Massenfundgebungen, gewaltige Straßen-demonstrationen gegeben, aber was man hier erlebt hat, bleibt gegenüber den Wahlrechtskämpfen, die in Frankreich, England, Österreich und jetzt ganz dezentralem in Belgien getrieben werden, doch verhältnismäßig harmlos. Verharrten die preußischen Radikale in ihrem Widerstand gegen den Willen des Volles, dann sind auch in Preußen schwere Erdbebenwellen unvermeidlich, und je später sie eintreten, desto heftiger werden sie sein.

Es bedarf also seiner Drohung mit unmittelbar bevorstehenden Angriffen, damit die preußische Regierung den belgischen Maßnahmen als Warnung empfinde. Ganz Europa democratisiert sich, und auch das unmöglichste aller Wahlstücke ist dem Untergang geweiht. Ein verwesender Kadaver, erfüllt es den ganzen Staatskörper mit Keimen der Faulnis und der Zersetzung. Es ist hundertmal gefährlicher, hundertmal vollständlicher, hundertmal aufreizender als das belgische Wahlstück. Wäre die Regierung möglic das Bürgertum dieser Rot und Schöne ein Ende bereiten helfen, noch ehe der Ruf mit unwiderstehlicher Gewalt die Massen mit sich fortzieht: **Wir wollen auch in Preußen einmal belgisch leben!**

Zum Anschluß an unsere gestrigen Mitteilungen gehen uns heute aus Brüssel noch folgende Nachrichten zu:

Brüssel, 23. April. Das Nationale Streikkomitee trat heute vormittag in Brüssel zusammen. Nach einer Diskussion, in der alle Redner ihre Befriedigung über den Verlauf des Generalstreiks ausgesprochen und in der sie die Beendigung des Streiks erwarteten, wurde eine Resolution beschlossen, daß der Erfolg des Streiks bestätigt: 1. als eindrucksvolle Demonstration der Solidarität und Disziplin der Arbeiterschaft, 2. durch den Eindruck auf die öffentliche Meinung, die jetzt überzeugt ist von der Unmöglichkeit der Wahlrechtsreform, 3. weil die Regierung geworben wurde, zu zugeben, daß die Kommission für die Revision des Gemeinde- und Provinz-Wahlrechts auch das Kammerwahlrecht wird erörtern können. Die Resolution befagt schließlich: Durch Generalstreik sei alles erreicht, was jetzt erwartet werden konnte, und die Wiederaufnahme dieser Waffe sei wiederum erzielen werden. Kein Friede werde im Lande herrschen, bevor das gleiche Wahlrecht erreicht ist. Unter diesen Umständen sei dem Parteitag die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit vorzuschlagen. — Das Komitee beschloß die telegraphische Einberufung des Parteitages zu morgen (Donnerstag) vormittag 10 Uhr. — Zu Redenreden wurden Anteile, Deftree und Vandervelde ernannt.

Als ein Erfolg des Streiks sehen auch die bürgerlichen Vereinsverbände den Bevölkerung der Kammer an. So telegraphiert der Vertreter von Wolff:

Man darf dies Ergebnis als einen Dreiviertelseitig der Sozialisten bezeichnen. Noch haben sie ihr Ziel, die Aenderung des Wahlrechts in ihrem Sinne, nicht erreicht; aber die Aussichten, es in absehbarer Zeit dadurch zu bringen, sind nicht gering.

Politische Rundschau.

Büstringen, 24. April.

Schlimmer als Pferdemarkt.

Die Budgetkommission des Reichstages verfehlte vorgesetzten dem Reichskriegsminister einen schweren Schlag, indem sie der Regierung geforderte Landeshöhepunkte ablehnte, die in der Hauptstadt durch Dienststellen ein neues Dienst- und Dienstgebäude erbaute werden sollten, das sogenannte Militärkabinett zu beauftragen. Durch eine (adlige!) Mittelperson hatte die Militärverwaltung zwei Grundstücke erworben, für die sie ganz andere in Lübeck wünschte. Das Gesetz beläuft sich auf fast 6 Millionen Mark. Das einer der durch Kauf erworbenen Grundstücke sollte für das Militärkabinett dienen, was darüber hinaus über angeblich geringe nicht über genügende und oben genannt nicht einmal über ausreichende Raum verfügt. Abhoffe sollte in der Weise gefestigt werden, daß das auf dem einen der erwähnten Grundstücken vorhandene Wohnhaus als Dienstwohnung für den Chef des Militärkabinetts, der Anspruch auf eine solche hat, hergerichtet und ein Geschäftszimmergeschäftsraum sowie ein Dienstgebäude neu erbaut sein werden.

Über diese Forderung lief die Budgetkommission mit Ausnahme der konfessionellen Mitglieder Sturm, und mit Rechtfertigung, daß Dienststellen ein neues Dienst- und Dienstgebäude einzurichten, im Jahre 1903, hat der Reichstag es abgelehnt. Diesmal hat die Militärverwaltung geplant, es läßt anfangen zu fassen, und dabei ist sie erst nach unter den Schülern geraten. Es war nämlich bekannt geworden, daß die neu zu errichtenden

Gebäude bereits im Rohbau fertiggestellt sind, daß also der Reichstag bei der Ausgestaltung des Bauprojektes vollständig ausgestattet worden ist und nur noch möglich die erforderlichen Mittel bereitstellen soll. Die Verbündeten erwiderten den Namen Bevölkerung, daß die auf den erwähnten Grundstücken vorgenommenen Arbeiten nach den Plänen der Regierung ausgeführt werden sind, daß sie erfolgen mit Zustimmung des Reichskabinetts und des Reichskanzlers; daß also mit der Mittelperson, die alle die baulichen Neuerungen und Neubauten ausführen läßt, ein bindender Vertrag abschließen ist, immer unter Auschaltung des Reichs-

tags! Das ist sich bei dieser Erwähnung des Reichstags' nebenbei darum handelt, dem Chef des Militärkabinetts eine Villa zur Verfügung zu stellen, deren Veranfangung wie ausgeschaut wurde, wurde sofort getadelt, obwohl in der Hauptstadt richteter und mit Recht, die Angreife drogen, daß die Militärverwaltung und ihre Untermänner sich über das Befehlsvorrecht des Reichstags führen hinwegsetzen. Es fielen harte Worte gegen die Militärverwaltung, die immer wieder bezeichnete, daß sie keine Verbindlichkeiten eingegangen und daß die ganze Angelegenheit gar nicht so böse gemeint sei. Vollständig habe es kein gelesen, den Reichstag zu übergeben, seinem Budgedreieck ein Schnippen zu lassen. Die außerordentlichen erklärten, daß sie für die Position kommen würden, schon um zu beweisen, daß man zu einem Preis kommen werde, nicht ein noch größerer Verlust entstehen! Das das Budgedreieck des Reichstags verdeckt ist, macht ihnen keine Sorge. Bevölkerung sei noch, daß der Mittelperson, die die eingetauschten Grundstücke gekauft und die Bauarbeiten hat ausführen lassen, als Entschädigung 2,6 Millionen Mark erhalten sollte! — Das Budgetkommittee ausdrücklich der Konferenzbeamten schrieb dabei, einmal ein Grempel zu statuieren und lehnte die Forderung ab.

Zur Beratung stand dann folgende Resolution des Rentenrats, die als eine Leg. Accep. angesehen werden kann:

Der Reichslandtag wird erfüllen, zur Erstellung der gesamten Rüstungsaufstellung für Reichsheer und Marine eine Kommission zu berufen, zu weisen vom Reichstag zu mühende Mittel, der Reichslandtag und Sachverständige zusammengesetzter, den Bericht der Kommission den geschiedenden Kämmerer schicken mit Berücksichtigung zur Befestigung ehemaliger Missstände mitgeteilt."

Unter Genossen beantragten, der Kommission das Reichsgesetz gezeugnisse Vernebung zu geben. Dagegen wurde sich der Nationalliberalen Stützer, der aber für die Kommission eintrat, weil durch sie unbedeutende Verteilung aus der Welt gehoben werden sollte, gegen die Genossen. Sie scheint sich die Kommission als Verteidigungsinstitut für die Waffenlieferanten zu zuwenden. Die sozialdemokratische Forderung, die die Gewerkschaften und Liebhaber begründeten, befürwortete alle bürgerlichen Parteien. Zug. Sozialist mindestens aber eine parlamentarische Enquete. Von anderen Kommissionen fürdet er, daß sie der Verhandlung dienen könnten. Der sozialdemokratische Union wurde abgelehnt, die Beratungssitzung gegen die volkswirtschaftlichen Stimmen angenommen. — Bei Beratung des Buas strategische Bahnen hat Genosse Quatz lediglich für die Interessen der Stadt Minden geworben, die durch eine Brücke über den Rhein geschildigt wird. Damit war die Beratung des Militärrats beendet.

Deutsches Reich.

Das preußische Abgeordnetenhaus nahm am Mittwoch zunächst in dritter Sitzung den Gelehrtenwurf über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschlands in den Provinzen Westpreußen und Polen gegen die Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Polen und der Fortschrittsunterstützer an. Hierauf berief das Haus in zweiter und dritter Sitzung den Gelehrtenwurf über Änderung der befreundeten Zusammensetzung und Gemeindebildungsgesetzes und wandte sich sodann zu der Beratung des Gelehrtenwurfs über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung der Landeskultur und der inneren Kolonisation. Die zur Beratung dieses Entwurfs eingetretene Kommission beantragte seine unveränderliche Annahme in Verbindung mit einer Resolution, die eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Förderung der inneren Kolonisation verlangt. Sämtliche bürgerlichen Parteien traten für das Gesetz ein, sogar die Konseriativen, die ja, wenn sie im intimen Kreise zusammen sind, nicht die wärmsten Freunde der inneren Kolonisation sind. — Der Landwirtschaftsminister erklärte, daß das Ziel der inneren Kolonisation nicht die Verschärfung des Großgrundbesitzes sein dürfe.

Die Politisierung des Dreiklassenparlaments vor dem Reichsgericht. Der zweite Strafesonat des Reichsgerichts beschloß sich am Mittwoch mit den für das Anhören der preußischen Volksvertretung zu schmiedenden Szenen, die am 9. Mai v. J. die reaktionären Gewaltarten im preußischen Abgeordnetenhaus verlaufen hatten. Das Reichsgericht batte zu entscheiden, ob der § 64 der Gesetzesordnung des Abgeordnetenhauses, durch welchen den Präsidenten die Vergnügen eingeräumt ist, einen Abgeordneten zeitweilig aus der Sitzung zu entfernen, zu Recht besteht; ferner, ob ein Abgeordneter, wenn er den Anordnungen des Präsidenten Widerstand leistet, sich des Gaufriedensbruchs und den herbeigeführten Polizeibeamten gegenüber des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig macht. Genosse Vorhardt



war vom Landgericht Berlin wegen Haussiedensbruchs gegen die Staatsgewalt zu 100 Mark Geldstrafe, eventuell 10 Tagen Gefängnis, Genosse Beinert wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt zu 50 Mark Geldstrafe, eventuell 5 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Gegen das Urteil wurde Revision eingesetzt, die vor dem Reichsgericht von den bisherigen Verteidigern der Angeklagten, den Genossen Hoche, Heine und Heinemann vertreten wurde. Nach eingehenden Verhandlungen wurde die Urteilstreitfindung auf den 6. Mai festgesetzt.

Wohnungscommission des Reichstages. Die Kommission trat am Mittwoch zusammen, um eine neue Resolution für die dritte Lösung des Staats des Reichsraumes des Innern zu beschließen. Der Entwurf stand einstimmig an. Eine Resolution enthält nunmehr diejenigen hauptsächlichen Forderungen, die der Reichstag nach dem brüderlichen Vorgehen in Sachen eines eigenen Wohnungsaufschwungsgefechts als offizielles Forderung an das Reich aufrechterhalten muß: Ausbau des Erdbauvertrags für Zwecke der Wohnungsbauwirtschaft, Schaffung einer Zentralstelle für Wohnungsbaustatistik, Einberufung einer Sachverständigenkommission über das Realbedürfnis im Laufe dieses Sommers. Es besteht Ausicht, daß auch diese Resolution, wie diejenige zur Wohnungsfrage vom Vorjahr (22. Mai 1912) im Plenum einstimmig angenommen werden wird.

Die englische Presse über Liebknechts Enthüllungen. Die "Daily Mail" sieht in den Enthüllungen Liebknechts über Krupp und die "Deutschen Waffen- und Munitionshäfen" nur den Beweis, daß Deutschland und nicht Frankreich der Störenfried in Europa sei. — Die liberale "Daily News" dagegen sagt, die Anklagen gegen Krupp seien Auflösungen an Vorkommen im eigenen Lande. Die Verbindung zwischen Blotte und Armeen einerseits und den Rüstungsfabrikanten andererseits sei auch in England notorisch. Dummerfort würden ehemalige Militärbeamte als Direktoren von Gesellschaften angestellt. Liebknecht habe der deutschen, englischen und französischen Demokratie ein Dokument in die Hand gegeben, das allen den Weg zur Rettung zeige.

Sie strecken die Waffen! Welch ein Jubel bereichte in liberalen Kreisen, als es vor einiger Zeit in der Nachwahl des Nationalliberalen gelang, den Konkurrenten den Wahlkreis Cleopold-Lud-Johannisthal abzunehmen. Man träumte von einem „ungeahnten Aufstieg des Liberalismus“ im Osten und glaubte, daß nun bald alle konserватiven Mandate in Litauen in den Besitz der Nationalliberalen übergeben würden. Jetzt wird aus Potsdam gemeldet, daß die Nationalliberalen gescheitert hätten, sich an der Landtagswahl nicht zu beteiligen, sondern den konservativen das Feld ohne Kampf zu überlassen. Und das wenige Jahre nach dem „herlichen Aufschwung des Liberalismus“ in diesem Kreise. Damit ist es nun vorbei. Aus ist der kurze Sommerstaat des Liberalismus im Osten.

Die preußische Justiz und die Presse. Seltens hat sich die Justiz so — na, sagen wir, widerstreitend — gezeigt, wie in einem langwierigen Prozeß gegen das "Vollblatt" in Mühlhausen in Thür. Die Genossen Markewitz und Gehner waren vor einem Monat von der Strafammer in Mühlhausen wegen Lehrerbefleidigung zu 100 dm. 20 M. Geldstrafe verurteilt worden. Sie hatten die harten Rücklängen der Schülertinder kritisiert und konnten vor Gericht einen einlangreichen Wahrheitsbeweis antreten. Damals kam die Strafammer zu dem Ergebnis: "Der Inhalt des Artikels sei im wesentlichen wahr." Lediglich wegen der Ausdrücke "Eine beachtendste Prügelleistung" und "prähistorischer Pädagogie" wurde auf Strafe erlassen, weil darin eine formelle Beleidigung liege. Zur Begründung des Urteils wurden die Rücklängen des Lehrers euerth abfällig kritisiert; auch lagte das Gericht, doch sehr schmäler, die Schulhölde entblößt worden sind, die die Schülertinder abstellen müßten.

Auf die eingegangene Revision hob das Reichsgericht dieses Urteil auf. In der fürsätzliche widergegebenen Entscheidung, die von grundlegender Bedeutung war, hielt es, die Strafammer möge erörtern, ob sie als bedeigend angelegten Bescheinigungen infolge des getuften Wahrheitsbeweises nicht tatsächlich gerechtfertigt seien.

In der neuen Verhandlung stand die Strafammer nunmehr vor der Wahl, entweder auf Freisprechung zu erkennen, oder zu einem anderen Ergebnis der Beweisaufnahme zu kommen. Und die Mühlhäuser Strafammer konnte sich nicht zu der Überzeugung durchdringen, daß die Redakteure einen verurteilenswerten Wirkanfall mit Recht kritisiert und sich damit Tant und natürlich Freisprechung verdient haben; um dem Reichsgericht gerecht zu werden, formte sie sich eine andere Bewertung der Beweisführung. Es standen die gleichen Zeugen wie bei der ersten Verhandlung vor Gericht; sie machten die gleichen Aussagen und vielfach noch eindrucksvoller als zuvor. Die Strafammer aber veränderte diesmal: das Gericht hält den Beweis der Wahrheit nicht für erbracht! Die früheren Strafen wegen formaler Beleidigung erscheinen nun angemessen aus dem neuen Grunde.

Um das Bild dieses aporetischen Falles zu vervollständigen, sei erwähnt, daß es zudem noch die beiden Richter waren, die sich auf so grausige Art selber widerlegt haben.

Submissionswesen. Die 15. Kommission des Reichstages steht am Dienstag die Beratung eines Gesetzes zur reichsrechtlichen Regelung des Submissionswesens fort. Angenommen wurde folgender Antrag Möller (Woll.) zu § 4, welcher lautet:

„In Bezirken, in welchen Handwerkerorganisationen bestehen, können Leistungen für Behörden, die über die in § 2 Bif. 1 festgelegten Beträge hinausgehen, an diese Organisationen freiwillig vergeben werden. An einem solchen Halle ist durch die Handwerks- oder Gewerbeamter zu erfragen, ob eine tüchtige und rechtzeitige Ausführung gewährleistet werden kann.“

Gegen den letzten Abzug sprachen und stimmten unsere Genossen. Als zweiten Abzug beantragten die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder folgendes: Laufende Unterhaltungsarbeiten sind in der Regel an ortsmäßige Gewerbetreibende in der Reihenfolge zu vergeben. Die Ver-

gebung solcher Arbeiten erfolgt noch behördlich ermittelten und festgesetzten Durchschnittspreisen.“

Die Mittelhändler befürworten den Antrag; von unseren Genossen wurde er eingehend begründet. Bitterwirtschaft und Nebenkosten der Behörden und Gemeinden scheide aus Fleischtigkeiten auch Schundtreize durchaus ausgeschlossen. Die Abstimmung darüber erfolgt in nächster Sitzung.

Die Militärbehörden für den Schnapskontrollen. Die Umlaufschriften für das Militär in Königsberg enthalten die Bemerkung, daß das Alkoholtrinken eines Mannes unwürdig sei. Diese Aorten werden der Militärbehörde von den Abonnementvereinen geliefert. Die konserватiven Schnapsbrenner im Reichstage werden vermutlich nicht verfehlten, den Kriegsminister auf die Schädigung „vaterländischer Interessen“ aufmerksam zu machen.

Trotz Germanisierungspolitik. Die Abgeordneten in der preußischen Diana bewilligen alljährlich Millionen zur Unterdrückung der polnischen Bevölkerung, trotzdem will das Vorhaben nicht gelingen. Je mehr Millionen zugespülzt werden, umso größer scheint der Einfluß der Polen zu werden. In Pommeria kann schon seit geraumer Zeit ein starkes Anwachsen des Polentums konstatziert werden. Wie sehr die Polen an Zahl und Einfluß zunehmen, zeigt sich besonders in Kreis Bütow. In ihm zählte man im Jahre 1911 rund 1200 polnische Schuljäger, oder 28 vom Hundert der Gesamtzahl. 1912 waren bereits 1300, oder etwa 30 Prozent der Gesamtzahl vorhanden. Die neuen katholischen Landschulen sind mit einer Ausnahme ganz oder überwiegend polnisch. Von den 40 evangelischen Landschulen waren 1910 noch mehr als die Hälfte deutsch. 1911 war noch ein Viertel und 1912 noch rund ein Drittel. Mehr als ein Viertel dieser Schulen zählen bis zu 10 Prozent polnische Schulfinder, mehr als ein Drittel 10 bis 30 Prozent und mehrere Schulen sogar ein Drittel bis zu 50 Prozent polnische Kinder.

Geldverschwendungen auf Kosten der Steuerzahler. Zum Einzuge des österreichischen Königspaares in Schwerin hatte der Großherzog zur besseren Komponentenhaltung eine Schwadron Dragoons aus Süddiagramm herangezogen. Militär an Infanterie und Artillerie in Schwerin zwar genug vorhanden. Doch es wird man sich in Hohenstein fragen, warum sollte der Landesfürst dem Kaiser nicht stehen, der zur Einholung eines Kontopares die Rothenauer Kavallerie nach Berlin kommandieren ließ? — Die Kosten zählen allerdings der Steuerzahler in dem einen wie in dem anderen Hause.

Auch eine politische Verteidigung. Dem Chefredakteur des in Berlin erscheinenden "Neu-Isolates", Dr. Stroewitz, ist wegen seiner politischen Haltung gefoltert worden. Nach Art der Prominenz läßt er nun in seinem Blatt folgende der Bibel entnommene Trost- und Verteidigungssprüche vom Stapel: 2. Korinther, Kapitel 4: „Uns ist bang; aber wir verzagen nicht. Wir werden unterdrückt; aber wir kommen nicht um...“ Niemand weiß oder denkt, was die Geiste des Glaubens haben, nach dem geschrieben stehen: „Ich glaube, darum rede ich;“ so glauben wir auch, darum reden wir auch und wollen, daß der, so den Herrn Jesum hat auferweckt, wird uns auch auferwecken durch Jesum...“

Rußland.

Russische Schandjustiz. In Odessa wurden dieser Tage 7 Personen wegen Zugehörigkeit zur Odeser Gruppe der sozialdemokratischen Arbeiterspartei Russlands zum Verlust aller Rechte und zur lebenslangen Deportation nach Siberien verurteilt. In Grodno verurteilte die Gerichtskammer den Angeklagten Wulitschanski wegen Zugehörigkeit zum Russischen Arbeitersbund und wegen Verbretzung von Flugblättern zum Berlin aller Rechte und zur lebenslangen Zwangsarbeit! Dies sind die unpraktischen Folie aus der gerichtlichen Verfolgung der Sozialdemokraten nur für wenige Tage.

Und nun ein Gegenstück: Der regierende Senat in Petersburg fällt in diesen Tagen sein Urteil in der Kostensklage der Schuhfabrik Wosnowsky und Machmatow von der Detektivabteilung in Suwalki (Polen). Die wegen informeller Belohnung der Gefangen zu 6 und zu 2 Monaten Haft verurteilten werden waren. Die Folterungen zeigten sich, wie vor Gericht festgestellt worden war, durch außerordentliche Grausamkeit aus. So wurden die Gefangenen beim Verhör mit dem Nagel gegen die Wand geschlagen, auf ihre Nügel gelegt usw. Der Senat gab das Urteil statt des Amnestieerlasses vom 6. März auf! —

Und nun ein Gegenstück: Der regierende Senat in Petersburg fällt in diesen Tagen sein Urteil in der Kostensklage der Schuhfabrik Wosnowsky und Machmatow von der Detektivabteilung in Suwalki (Polen). Die wegen informeller Belohnung der Gefangen zu 6 und zu 2 Monaten Haft verurteilten werden waren. Die Folterungen zeigten sich, wie vor Gericht festgestellt worden war, durch außerordentliche Grausamkeit aus. So wurden die Gefangenen beim Verhör mit dem Nagel gegen die Wand geschlagen, auf ihre Nügel gelegt usw. Der Senat gab das Urteil statt des Amnestieerlasses vom 6. März auf! —

Politische Rettung. In Riga (Sachsen) wollten die Sozialdemokraten den 1. Mai in einer Versammlung unter freiem Himmel feiern, was die Behörde als Verbrechung ufw. ufw. ufw. und beschuldigt im Namen des Gesetzes verbietet. — Die Wahlkommission des Reichstags erklärte die Wahl des Abg. Haupt (Zos., Järvius) mit 8 gegen 4 Stimmen für ungültig. Einer Korrespondenz folge, daß dem Bundesrat der dringend gewünschte Entschluß vorgelegt wird, durch den den Mitgliedern des Reichstags freie Eisenbahnschaft während der ganzen Legislaturperiode gewährt wird. — Wie die "Nord. Allgemeine Zeitung" hört, wird wegen der verschärften Sätze von Landungen deutscher U-Boote jenseits der Grenze bereits von der deutschen Regierung Maßregeln eingeleitet, um solche Vorstoße künftig zu verhindern. Mit der französischen Regierung sind Verhandlungen im Gang, um die Schaffung eines Abkommens zur Regelung der U-Bootsfahrt bezwecken.

Vom Ballon.

Stutari's Fall. — Sehr ernste Lage.

Aus Wien wird uns gemeldet: Mit dem Fall Stutari kommt der europäische Friede vor die Leute, vielleicht aber auch vor die erste Schwierigkeit. Davor, daß der König von Montenegro aus der Stadt, an deren Großerung er so viel getan hat und die so viel montenegrinisches Blut getrunken, nicht mutwillig und freiwillig abzieht wird, ist ungweßlich. Und er handelt hier sicherlich nicht auf eigene Faust, denn diese blutige Belagerung war doch nur möglich, weil hinter ihr auch der lebenshöchstschwache Wille des kleinen Volkes selbst stand. Auf der anderen Seite erscheint durch die Beküßüe der Bondoner Bischöfchenkonferenz und durch die Flottendemonstration an der Autarikfrage das geläufige Europa engagiert, und es ist wieder unbekannt, daß dieses die "vollzogene Tatfrage" des Falles der Zeitung akzeptieren könnte. Welche Mittel jenes sogenannte Europa aber anwenden könnte, um Stutari aus Stutari herauszubringen, ist absolut nicht zu erkennen. Die eigentliche Gefahr ist aber die, daß Stutari heute zu einer Freude des Prestiges von Oesterreich-Ungarn geworden ist, und doch man in Wien in dieser Sache, wenn man schon einmal sehr leicht gehoben, doch sich Oesterreich-Ungarn von Europa trennen und das Unternehmen, Montenegro zur Raison zu bringen, auf eigene Rechnung und Gefahr betreibt. Aber das könnte ja mühig dazu führen, daß Oesterreich in Montenegro einmarschiert; und ob es dann bloß bei dem Kriege der Großenart mit dem Breglata verbleibt, ist heute eben eine offene Frage, wie sie es trotz der Sanktion des offiziellen Außenlands immer war. Ganz ungweßlich steht Europa vor dem ernstesten Augenblick der Küstewirheit nicht Europa auf seinen Frieden.

Die deutsche Diplomatie steht — so meldet die "Rhein-Zeitung" vom Mittwochabend — auf dem Standpunkt, daß Stutari Stutari an dem einmal festgelegten Vertrag der Mächte nichts zu ändern vermag. Es wird wenigstens in dem Sinne bemüht sein, den Forderungen der Mächte die notwendige Achtsamkeit zu sichern und mit den anderen Staaten darauf hinzuwirken, daß die Einverleibung Stutari in Albanien auch durchgeführt wird.

Folgende Nachrichten liegen noch vor:

London. Am 23. April. Aus römischer Quelle verlautet, daß bei der Einnahme von Stutari 2000 Montenegriner und 5000 Türken getötet werden sind. Die Montenegriner hatten in der Nacht vor dem Tage der Einnahme die Öffen- und Erbgerüste ergriffen. Die Rümpele danerten die ganze Stadt an. An verschiedenen Stellen wurde mit dem Feuer gestoßen. Bei diesen Kämpfen, die mit großer Ehrlichkeit geführt wurden, waren die Verluste auf beiden Seiten besonders groß. Über das Grund in der endlichen Übersicht wird gemeldet, daß ein großer Teil der Bevölkerung erschöpft habe, nur für die Türkei, nicht aber für ein freies Albanien zu kämpfen.

Wien. Am 23. April. Die türkische Garnison von Stutari hat, wie von unterrichteter Seite bestätigt wird, mit allen Ehren unter Bewilligung des Abzuges mit Waffen und Geschützen kapituliert. Gsod Poscha ist mit seinen Truppen nach Tirana abgezogen.

Wien. Am 23. April. Die Wiener Allgemeine Zeitung erläutert von diplomatischer Seite: Zwei Monate hatten den König Ristka in erster Linie ermutigt, sich dem Willen der Mächte zu widersetzen. Es war erstens der montenegrinischen Heeresleitung bekannt, daß in Stutari äußerster Mangel an Lebensmitteln herrsche. Der zweite Grund war, daß das ganze montenegrinische Volk die Einnahme von Stutari forderte. Die erregte Stimmung hat auch ihren Ausdruck im Kroatland gefunden, denn der König noch dem Kollektivschlaf der Mächte wegen der Entstehung des Bombardements einberufen hatte. Hierbei soll der Kriegsminister den König folgernden apostrophiert haben: Entweder du löst Stutari weiter belagern oder es stehen Automobile für dich und deine Familie bereit, um dich und sie über die Grenze zu bringen!

Gewerkschaftliches.

Achtung, Klempner! Der Zugang von Klempner ist infolge Streiks nach Bützinger-Wilhelmshaven fernzuhalten!

Lokales.

Rüstringen. Am 24. April.

Die Abgrenzung der Wahlbezirke im Kreise Wittmund.

II.

Umesholz. Um 1.100 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk I: 1055 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk II: 1000 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk III: 1130 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk IV: 1108 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk V: 1122 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk VI: 1138 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk VII: 1145 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk VIII: 1152 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk IX: 1159 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk X: 1166 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XI: 1173 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XII: 1180 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XIII: 1187 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XIV: 1194 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XV: 1201 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XVI: 1208 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XVII: 1215 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XVIII: 1222 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XIX: 1229 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XX: 1236 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XXI: 1243 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XXII: 1250 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XXIII: 1257 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XXIV: 1264 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XXV: 1271 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XXVI: 1278 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XXVII: 1285 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XXVIII: 1292 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XXIX: 1299 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XXX: 1306 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XXXI: 1313 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XXXII: 1320 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XXXIII: 1327 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XXXIV: 1334 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XXXV: 1341 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XXXVI: 1348 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XXXVII: 1355 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XXXVIII: 1362 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XXXIX: 1369 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XL: 1376 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XLI: 1383 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XLII: 1390 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XLIII: 1397 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XLIV: 1404 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XLV: 1411 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XLVI: 1418 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XLVII: 1425 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XLVIII: 1432 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk XLIX: 1439 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk L: 1446 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LI: 1453 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LII: 1460 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LIII: 1467 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LIV: 1474 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LV: 1481 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LX: 1488 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXI: 1495 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXII: 1502 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIII: 1509 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIV: 1516 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXV: 1523 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVI: 1530 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 1537 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 1544 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 1551 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXX: 1558 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXI: 1565 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXII: 1572 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIII: 1579 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIV: 1586 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXV: 1593 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVI: 1600 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 1607 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 1614 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 1621 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 1628 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 1635 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 1642 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 1649 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 1656 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 1663 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 1670 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 1677 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 1684 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 1691 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 1698 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 1705 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 1712 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 1719 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 1726 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 1733 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 1740 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 1747 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 1754 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 1761 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 1768 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 1775 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 1782 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 1789 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 1796 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 1803 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 1810 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 1817 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 1824 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 1831 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 1838 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 1845 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 1852 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 1859 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 1866 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 1873 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 1880 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 1887 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 1894 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 1901 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 1908 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 1915 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 1922 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 1929 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 1936 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 1943 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 1950 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 1957 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 1964 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 1971 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 1978 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 1985 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 1992 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2000 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2007 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2014 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2021 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2028 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2035 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2042 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2049 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2056 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2063 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2070 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2077 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2084 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2091 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2098 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2105 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2112 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2119 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2126 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2133 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2140 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2147 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2154 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2161 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2168 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2175 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2182 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2189 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2196 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2203 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2210 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2217 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2224 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2231 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2238 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2245 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2252 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2259 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2266 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2273 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2280 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2287 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2294 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2301 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2308 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2315 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2322 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2329 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2336 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2343 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2350 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2357 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2364 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2371 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2378 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2385 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2392 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2399 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2406 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2413 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2420 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII: 2427 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVIII: 2434 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXIX: 2441 Einwohner. Gemäßigt werden 4 Wahlbezirke: Wahlbezirk LXVII

männer. Wohllofot: Dörfliches Wirtshaus in Weidum (Hoheliefe Tunum); Wohlbörger: Gemeindebürgerlicher Eden in Tunum; Stellvertreter: Gemeindebürgerlicher Eden in Trill.

Wohlbezirk Wehrde, umfassend die Gemeinden Weieracum, Wehrde, Weierde und Tunum; zusammen 1970 Einwohner. Gewählt werden 4 Wahlmänner. Wohllofot: Gemeindesches Wirtshaus in Weiderde; Wohlbörger: Gemeindebürgerlicher Bütt in Weiderde; Stellvertreter: Gemeindebürgerlicher Müller in Weiderde.

Wohlbezirk Wettmar, umfassend die Gemeinden Roggenstedt, Wettmar und Wulfum; zusammen 870 Einwohner. Gewählt werden 3 Wahlmänner. Wohllofot: Gemeindesches Wirtshaus in Wulfum (Hoheliefe); Wohlbörger: Gemeindebürgerlicher Bütt in Wulfum; Stellvertreter: Gemeindebürgerlicher Bütt in Wulfum.

Wohlbezirk Westerholz (jetzt), umfassend die Gemeinde Langen, Steine, Olschene und Weltberge; zusammen 1337 Einwohner. Gewählt werden 5 Wahlmänner. Wohllofot: Gemeindebürgerlicher Anton in Weltberge; Stellvertreter: Gemeindebürgerlicher Denken in Olschene.

Wohlbezirk Wiedum, umfassend die Gemeinde Herbede; zusammen 733 Einwohner. Gewählt werden 3 Wahlmänner. Wohllofot: Marienhofes Wirtshaus in Bedum; Wohlbörger: Gemeindebürgerlicher Peter in Bedum; Stellvertreter: Leipziger; Rammens.

Wohlbezirk Wehrdebergisch, umfassend die Gemeinden Wehrdebergisch, Spiererich, Alberdebergisch u. Serien; zusammen 1031 Einwohner. Gewählt werden 4 Wahlmänner. Wohllofot: Wingerisches Wirtshaus in Wehrdebergisch; Wohlbörger: Gemeindebürgerlicher Herren in Wehrdebergisch; Stellvertreter: Gemeindebürgerlicher Peter in Serien.

Wohlbezirk Wermeg, umfassend die Gemeinde Wermeg; zusammen 1073 Einwohner. Gewählt werden 3 Wahlmänner. Wohllofot: Vogelsdorfer Wirtshaus in Wermeg; Wohlbörger: Gemeindebürgerlicher Bütt in Wermeg.

Wohlbezirk Westerode, umfassend die Gemeinde Oberwesel; zusammen 1073 Einwohner. Gewählt werden 3 Wahlmänner. Wohllofot: Großesches Wirtshaus in Westerode; Wohlbörger: Gemeindebürgerlicher Bütt in Oberwesel; Stellvertreter: Beigeordneter Dr. W. Henke in Westerode.

Wohlbezirk Westerode, umfassend die Gemeinde Oberwesel.

wütigen Malermeister zu unterstützen. Nachdem die sog. "Freiwilligen" die Wohnung des Geheimrats Eichhorn fertiggestellt haben, wurden diese Leute nach dem Stationsgebäude berichtet, um hier die Malermeisterinteressen weiter wahrzunehmen. Auf eine erfolgte Eingabe der Gehilfen an die Oberverwaltungskontrolle vom 8. April ist bis heute noch keine Antwort eingelangt, sondern man hält sich in unverständiges Schweigen. Anscheinend bereitet die Antworterteilung einigen Schwierigkeiten. Doch nicht genug damit. Wie weiter mitgeteilt wird, sind für die Arbeiten im Garrison-Vogtei, welche dem Malermeister Peters übertragen waren, drei Maler von der Werk fürgerbt verhindert worden. Auch das ist bezeichnend. In dem erzähnenden Fall übermittelte die Werkverwaltung dem Malermeister Reumann freiwilligste Arbeit, und in letzterem entzieht es einem Malermeister die Arbeit, übernimmt sie in eigener Regie, um sodann Leute fürgerbt zur Ausführung zu kommandieren. So wird von der Werkverwaltung also auch weiter das aussperrungsamtliche Unternehmen indirekt unterstellt, trotzdem auch ihr ganz genau die Urkunden des Kampfes bekannt sind. Wie ferner bekannt wird, sollen in der Hafen-Kaserne Matrosen mit Renovierungsarbeiten, die dem Malermeister Klemmer übertragen sind, beschäftigt sein. Die Söhne des Volkes müssen also als Mittel dazu dienen, die Malerarbeiten niederringen. So dieses auch nur kriegsmäßige Ausbildung in der dreieinhalbjährigen Dienstzeit gehört? — Nun, die biegsame Schülernschaft steht trocken und noch in alter Geschlossenheit wie zu Anfang des Kampfes da. Sie sind fest entschlossen, mit eigner Energie den Kampf um ihr Rechtssinnestrebungen zu verteidigen. Alten Blutes leben die Gehilfen der weiteren Entwicklung des Kampfes entgegen. Mit dem bisherigen Verlauf des Kampfes sind wir vollständig zufrieden. Die Zahl der Ausgeblendeten schrumpft von Tag zu Tag zusammen. Der große Teil schwimmt lustig in eigener Regie den Pinself und ein erheblicher Teil arbeitet bei den Landmeistern, die jetzt in der glücklichen Lage sind, auch einmal erfahrene Gehilfen zu gewinnen. Die Arbeitgeber werden also das Segenl von dem erreichen, als sie beschäftigen. Der Verlauf des Kampfes wird ihnen jedenfalls neu und nach handgreiflich demonstriert, daß sie in großer Weise von ihren Füßen hinter Licht geführt werden. Doch der Rosenjammer der Schuhmacher hier am Orte wird noch viel größer werden. Die Bildung einer Maler-Genossenschaft aus außer finanzieller Grundlage ist nämlich bereits in die Wege geleitet. Die Malermeister können sich den Raum also zuwenden, auch in dieser Weise den Zusammenklub der Arbeiter nach jeder Weise gefördert haben.

Guthaven eingebrochen. Erst vor ein paar Tagen ist einem anderen holländischen Dampfer dasselbe passiert. **Der Westdampfer** sind heute vormittag zu Übungen zwischen ausgesetzten. Die Minster des Innern und der Finanzen haben wegen Erteilung sofortiger Empfangsbefreiungen beim Einfang von Wertheimungen und Vorauszahlungen den Regierungsräten den nachstehenden Erlass angekündigt: Von beobachteter Seite sind Klagen darüber erhoben worden, daß nach dem im sozialministerlichen Vertrag überall durchführten Grundlage für empfangene Wertheimungen und Vorauszahlungen zu erteilen, bei den Staatsbehörden nur in seltenen Fällen verfahren wird. Es ist nicht zu erkennen, daß in Anbetracht des hohen Wertes vieler Sendungen und der ihnen erwachenden Transportgefahren durch Verlust, Unterschlagungen, Diebstahl usw. für den Abnehmer eine ungemeine Verunsicherung von größter Wichtigkeit ist. In Erörterung der Vorlesung für eine vereinigte Geschäftsaufstellung der Regierungen bestimmen wir daher hiermit, daß für empfangene Wertheimungen und Vorauszahlungen stets dann, wenn nicht ohne jeden Bezug endgültig Leistung oder Zahlung geleistet werden kann, sofort vorläufig Empfangsbefreiungen von den zuständigen Amtsstellen bzw. Posten zu ertheilen.

Neueste Nachrichten.

Johannisthal, 24. April. Der Flieger Abramowitz stieg heute morgen um 6 Uhr auf einem Reich-Doppeldecker mit der Jägerin Uralowitsch als Passagier zu einem Probeflug auf. Aus bisher unbekannter Ursache stürzte die Maschine aus 29 Meter Höhe zur Erde. Abramowitz erlitt mehrere Arm- und Beinbrüche. Die Fürstin ist mit leichteren Verletzungen davongekommen.

Johannisthal, 24. April. Der Flieger Punih ist heute morgen mit einem Eindecker teil zu Boden gestürzt und sofort getötet worden.

Pittsburg, 24. April. In der Cincinnati-Grube in Fileg in Pennsylvania erfolgte eine Explosion, die die Grube in Brand setzte. 100 Arbeiter befanden sich in der Grube und nur 20 konnten geborgen werden. Man glaubt, daß die übrigen umgekommen sind.

Konstantinopel, 24. April. Amtlich wird gemeldet, daß die Waffenruhe zwischen der Türkei und Bulgarien unter denselben Bedingungen besteht, die sieben Monate zurückliegen. Am 1. Mai mithin verlängert ist.

Rewort, 24. April. Das Schiedsgericht hat den Besitzern der Postbahnen die Rechnungsbewilligung erteilt. Auch eine Reihe anderer Forderungen der Angestellten und Beamten sind vom Schiedsgericht zugestanden worden.

Patentkau.

(Anonyme Anfragen werden nicht bearbeitet.)

3. S. Friedensstrasse. Ich frage lädt sich nicht ohne weiteres mit Ja oder Nein beantworten. Dazu muß man die näheren Umstände kennen. Wir raten Ihnen, auf dem Patentkonsulat vorzuhören.

S. A. Emden. Das steuerpflichtige Einkommen geht in Oldenburg bis hinunter zu 400 M. Zum Einkommen werden auch die Naturalbelastungen gerechnet. Für Unterhaltungskosten in diesem Grade werden 300 M. in Ansatz gebracht, dann kommen 120 M. Brüder, ergibt zusammen 420 M. Das ist in Oldenburg steuerpflichtig. Der Stadtmagistrat Oldenburg ist also im Rechte.

Arbeiter und Handwerker aller Berufe.

Beider bei Eurer Arbeit im Interesse Eurer Gesundheit und Eurer Familie die Arbeiterschaftsbewilligungen auf genaue und dringt auf deren Innehaltung. Das ist nicht nur Euer Recht sondern auch Eure Pflicht!

Berantwortliche Ababtei: für Politik, Feuerleitung und den übrigen Teil: Josef Lüke; für Lokale und Aus dem Lande: Oskar Hünlich. — Verlag von Paul Hug & Co. in Münster.

Oster zwei Beilagen.

Erstklassig!
Unsere "Marine"
2 Pfg.
CIGARETTE

Georg A. Jasmatzi Akt. Ges.
Dresden
Größte deutsche Cigarettenfabrik



Sie fragen auch

Marke „Sieger“ Mk. 6.75.

Elegant und vornehm sind die Artikel unserer Spezial-Abteilung für Damen- und Herren-Stiefel und Halbschuhe ausgestattet. **Viele 1000 Paar im Gebrauch.** In unseren Preislagen Mk. 10.50, Mk. 12.50, bieten wir etwas ganz hervorragendes, — sowohl in Form wie in Qualitäten. —

Joh. Holthaus Nachf.

Neue Strasse 11. Gökerstrasse 14.
Wilhelmshavener Strasse 30.

VARIETE THEATER ADLER
Nur noch heute Donnerstag:
„Freund Löwe“
und
Die Venus von Milo.
Ab Freitag, den 25. April
(Raucheraufzug)
Drum prüfe,
wer sich ewig bindet.
Große Posse in 2 Akten.

Staats- u. Gemeindearbeiter-Verband
Ortsgruppe Oldenburg.
Einladung zu dem Sonntag,
den 27. April in der Tombola
zu Oldenburg stattfindenden
Stiftungsfest.
Der Anfang des Stiftungsfestes
ist um 5 Uhr abends. Um recht
zahlreiche Beteiligung wird gebeten.
Das Komitee.

Arbeiter-Radfahrer-Verein
Hordwest, Hordenham
Sonntag d. 27. April
im Lokale des Herrn
Bitter „Röstringer Hof“
in Ahaus:
Frühjahrs-
Vergnügen
bestehend in
Konzert, Saalfahrt und
— Ball. —
Die organisierte Ar-
beiterschaft ist hierzu
freundlich eingeladen.
Das Komitee.

Colosseum
Heute Freitag und
und Sonntag:
Großer öffentl. Ball
Hierbei lädt freimüthig ein
G. Niemietz.
Sofort ein Polsterer
— gesucht.
Wohnst. Möbelgeschäft, Gökerstr. 22
Lohnarbeiter liefert Paul Hug & Co.

Sozialdemokr. Wahlverein Emden.
Freitag den 25. April, abends 8.30 Uhr,
— im Hotel Bellevue: —

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Neuwahlen des Vorstandes, der Büroschaffenskommission u. des Bildungs-ausschusses, 3. Das Wahlvotum am Samstag, 4. Aufstellung von Wahlhändlern, 5. Parteiangelegenheiten.

Um Interesse unserer ganzen Parteibewegung liegt es, daß sich die Genossinnen und Genossen recht zahlreich zu dieser Versammlung einfinden.

Geschäfts-Eröffnung.
Mit dem heutigen Tage eröffne ich im Hause
Gökerstraße 41, ein

Schuhwaren-Geschäft.
Gute und reelle Bedienung zusichernd, bitte um ge-
neigten Zuspruch. Hochachtungsvoll

Joh. Frerichs.

Wegen Vermietung:
des zweiten Ladens
bin ich gezwungen

Achtung!
Gewerkschafts-Vorstände, Kartell-Delegierte
Partei-Funktionäre!

Donnerstag den 24. d. M., abends 8 Uhr,
beim Wirt Wigger, Vier Jahreszeiten:

Kombinierte Sitzung

Die Tagesordnung ist eine wichtige, daher all-
seitiges Erheben dringend notwendig.

Die Vorstände.

Die Masse muss es bringen!
Nur durch eigene bedeutsame Fabrikation sowie durch Ver-
meidung aller unnötigen Kosten ist es uns möglich, zu den
billigsten Preisen noch eine wertvolle gute Qualitätsgarantie zu liefern.
Wählen Sie bitte einen Preis! Sie werden Ruhm für die Dauer,
Niederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Albracht & Bagig, Zigarren-Fabrik

Berlaustrasse: Martinistraße 25. — Telefon 919.

Beachten Sie
das bitte!



Grosse Bestände
Herren-, Jünglings- und Knaben-Konfektion

als: Anzüge
Paletots
Ulster und
Sommer-Mäntel

20
Prozent.

schnellstens abzustossen und gewähre hierauf
bis auf weiteres eine Preis-Ermäßigung von

Konfektionshaus
6 Wilhelmstr. 6

KARIEL.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Sitzstelle Wilhelmshaven-Müllingen.
Achtung! Schlosser und Schmiede!
Sonntagnachmittag den 26. April,
abends 8½ Uhr;
Branchen-Versammlung
bei Holzland, Grenzstr.
Durch Wichtigkeit der Tages-
ordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
Die Branchenleitung.

Verein der Weritzimmerer.
Sonntagnachmittag den 26. April,
abends 8½ Uhr;
General-Versammlung
im Vereinslokal.
Um zahlreiches Erheben er-
sucht Der Vorstand.

R. St. R.
Sonntagnachmittag den 26. April,
abends 8½ Uhr;
Sitzung bei Schröd
(Gadebusch). Der Vorstand.

Les- u. Diskutier-Club
der Frauen.
Montag den 26. April 1915
abends präz. 8½ Uhr;
Versammlung
in Saderwitzer Zivil.
Tagesordnung: —
Fortsetzung der Versammlung des
Vorsteherprogramms.
Um zahlreiches Erheben er-
sucht Der Vorstand.

Distr. 1, Neuende.
Sonntagnachmittag den 26. April
abends präz. 8½ Uhr;
Distr. -Versammlung
im Siebelsburger Hof (Heimt).
Tagesordnung: u. a.: Vortrag.
Um zahlreiches Erheben er-
sucht Der Distr. Führer.

Allg. Krankenkasse Shortens
Sonntag den 27. April,
nachm. 5 Uhr;
General-Versammlung
in Schermings Rosal.
Tagesordnung:
1. Abnahme der Jahresrech-
2. Durchsetzung der Mußer-
3. Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Er-
heben der Arbeitgeber und
Kassenmitglieder ist dringend er-
wünscht. Der Vorstand.

Allgem. Ortskrankenkasse
des Amtsvorstandes Amt
Oldenburg.
Am Sonntag den 27. April
nachmittags 4 Uhr
General-Versammlung
in der Markthalle, Oldenburg.
Tagesordnung:
1. Rechnungsablage vor 1912
2. Bericht der Rechnungserfassungs-
kommission und Entlastung des
Vorstandes.
3. Beratung der Mußerfragen.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Besuch bittet
Der Vorstand.

Salat-, Tomaten-, Sellerie- und
Gemüseplanten.
Erbsen-Sträucher
Bates Gärtnerei, Neueng.
Danksagung,
Alle, die meinen lieben Mann
und lieben guten Vater zur
leichten Ruhestätte geleitet, sowie
Herrn Pastor Körber für die
trostlichen Worte am Grabe, las-
sen wir hiermit unsern innigsten
Dan. Wm. Bates u. Kinder.

Danksagung,
Für die vielen Beweise und
Bewilligungen bezgl. Teilnahme bei
der Beerdigung unserer Tochter
Frieda sprechen wir allen unseren
herzlichsten Dank aus.
G. Meinen u. Familie.



Staatssekretär Dr. Tschudi: Der Abg. Renné hat gesagt, daß ein riesiges Mißtrauen im Volke gegen die Regierung bestände, und daß man nicht das Vertrauen hätte, daß eine von der Regierung eingesetzte Kommission unparteiisch arbeiten könne. Zudem hat diese Behauptung mich nicht überzeugt. (Lachen lms.) Die wenigen Fälle von Bestechung, die gelegentlich überall einmal vorkommen können, werden unmöglich die Behauptung begreifen, daß eine ganze Regierung das riesige Mißtrauen verdiente.

Abg. Ledebur (Soz.):

Der Staatssekretär und der Kriegsminister haben sich dagegen verwohnt, daß die Regierung in den hier in den letzten Tagen erörterten Fragen schuldig sei, wenigstens durch Unterlassungen. Amalle der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken sind der Regierung von meinem Freunde Liebhardt eine Reihe von Aufsichten mitgeteilt worden, und es ist daher der Regierung als Unterlassungsfürschuld schwerlich zu entschulden, daß sie keine entgegengesetzten Vorwürfe erhoben hat. Die Korruptionssünden des Kriegsministers kann leicht behaupten; dieser Regierung gegenüber brauchen wir uns gar nicht zu genieren, die schäuft alles. Der Kriegsminister hat die schweren Entführungen des Abg. Liebhardt, deren Mängel er durchaus nicht bestritten hat und bekräftigt, dadurch zu entkräften gehabt, daß er sagte, wir könnten ebenso gut behaupten, daß die Munitionsfabrikanten den weiteren Krieg verantwortlich hätten. (Lachen) Am Ende haben wir den Valfassungsvertrag! Ein solcher Vertrag ist geradezu absurd. (Präsident Klemm) rief auf dem Redner für diesen Ausdruck zur Ordnung. Am Ende sprach der Kriegsminister, anstatt über solche Renditen, was dann leicht behaupten; dieser Regierung gegenüber brauchen wir uns gar nicht zu genieren, die schäuft alles. Der Kriegsminister hat die schweren Entführungen des Abg. Liebhardt, deren Mängel er durchaus nicht bestritten hat und bekräftigt, dadurch zu entkräften gehabt, daß er sagte, wir könnten ebenso gut behaupten, daß die Munitionsfabrikanten den weiteren Krieg verantwortlich hätten. (Lachen) Am Ende haben wir den Valfassungsvertrag!

Abg. Martin (apt.): Eine Auflösung wünschen auch wir, die geben uns aber unsere unabdingbaren Verpflichtungen. (Lachen bei den Sozialdem.)

Abg. Dr. Fossel (Nat.): Das Mißtrauen im Volle kann nur durch eine Kommission befriedigt werden, wie sie die Budgetkommission vorsieht, nicht wie die Regierung verlangt.

Abg. Graf Welary (Conf.): Auch ich habe anerkannt, daß der Reichstag die Zuständigkeit der Aufgaben zu prüfen hat. Unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge wird die Resolution der Budgetkommission angenommen.

Der Abg. des Staats wird befragt: gestrichen.

Hierauf verzog sich das Haus um Donnerstag 2 Uhr.
(Aus dem Reichsmilitärgremium, des Reichsgerichts, des Reichskommissariats, kleinere Vorlagen.)
Schluß 5 Uhr.

Parteinachrichten.

Landtagskandidaten-Ausstellung in Mainzheim. Durch Urabstimmung wurden die Genossen Geiß, Süßkind, Kramer, Wötger und Lehmann als Kandidaten nominiert. Vier Kreise sind sicher, der dritte Stadtkreis, in dem Genosse Lehmann kandidiert, erscheint dagegen ziemlich ausichtslos.

Drei Monate Gefängnis für wegfallene Generalübung. Wegen Beleidigung des Staatsanwalts Dr. Schläger batte sich am 21. April vor der Strafkammer 3 des Hamburger Landgerichts der verantwortliche Redakteur des „Hamburger Echo“, Genosse Köpke, zu verantworten. Die Vorgeschichte der Anklage ist kurz folgende: Am 11. Dezember hatten sich vor dem Hamburger Strafgericht 2. Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dr. Goertz, die Genossen Ernst Köpke und August Blinck wegen Beleidigung der Vorgesetzten der gesamten deutschen Armee zu verantworten. Anklagiert war damals die bekannte Winnigische Fazette, „Osterode“, betitelt, die an den bekannten Vorgang in Osterode anknüpft, wo der Ministeriumsleiter des Hauptmanns Reith erordnet. Im Verlaufe dieser Verhandlung erlaubte sich der Staatsanwalt Dr. Schläger, den Genossen Köpke Feindseligkeit vorzuwerfen, weil er bebautete, den Beauftragten Artikel vor seiner Drucklegung nicht gelesen zu haben. Die Folge dieses in seiner Art einzige dastehenden Verhaltens des Staatsanwalts war, daß in einer späteren Runde des „Hamburger Echo“ eine scharfe Kritik des Verhaltens des Staatsanwalts und des Gerichts, das über den Genossen Köpke 4 Monate Gefängnis verhängte, erschien. Die Kritik war bestellt. Der Sachverständige des Herrn Goertz und die Feindseligkeit des

Genossen Staatsanwalts.“ Durch diese Beleidigung fühlte sich der Staatsanwalt Dr. Schläger beleidigt, und das Gericht, unter dem Vorfall des Landgerichtsdirektors Dr. Schröder, erkannte dieser Beleidigung aus nicht weniger als 3 Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte sogar fünf Monate Gefängnis beantragt. Vergangenes führte der Angeklagte Köpke aus, daß es lediglich auf ein technisches Versehen zurückzuführen sei, wenn das Wort Feindseligkeit nicht in Anführungsstrichen gestanden habe. Im Manuskript habe dieses Wort in Anführungsstrichen gestanden. Dieses wurde durch die Aussage des Redakteurs Werner vom „Hamburger Echo“ bestätigt, trotzdem erfolgte aber die Verurteilung unseres Genossen zu dieser ungemein hohen Strafe. – Zu bemerken ist noch, daß jetzt Genosse Köpke durch seinen Anwalt, Dr. Herz-Altona, gegen den Staatsanwalt Dr. Schläger Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung, begangen durch den Ausdruck „Feindseligkeit“, gestellt hat.

Gewerkschaftliches

Vine Konferenz der Gewerkschaftsvorstände stand am Montag im Gewerkschaftsbau in Berlin statt. Der Reichsobstbauverein der Genossen Gustav Bauer, der auch Mitglied des Aufsichtsrates der Versicherungsgesellschaft „Volksfürsorge“ ist, hielt einen Vortrag über „Armen und Brod“ des von den Gewerkschaften und Genossenschaften beschlossenen Verlängerungsunternehmens „Volksfürsorge“. Bauer leitete seinen Vortrag mit einer Darstellung über Entstehen, Zweck und Umfang der vorhandenen Volksversicherungen ein, um dann mit erschöpferndem Sachkenntnis ein großzügiges und übersichtliches Bild von der geplanten „Volksfürsorge“ zu entwerfen. Des weiteren bilderte er, daß sich sofort nach dem Bekanntwerden des neuen Problems von interessierter Seite Strömungen geltend machen und sich bereits zu Gegenströmungen verdichtet haben, die noch dem Muster der Volksfürsorge organisiert sind und den Zweck verfolgen, alle „nationalen Arbeiter“ um sich zu sammeln. Er habe sich hier also gezeigt, daß allein schon das Aufkommen der „Volksfürsorge“ bewirkt habe, was vorher alle Volksverbände gegen die auf kapitalistischer Grundlage aufgebauten Verlängerungsvereine nicht bewirken konnten, indem nunmehr Regierung und Verbände daran gehen, das Volksversicherungsverein in gemeinsamem Sinne zu beeinflussen. Das werde zur Folge haben, daß von selbst schon eine Scheidung der Verlängerungswilligen eintrete, da die Regierung und die in Betracht kommenden Kreise alles ausüben werden, die Indifferenzen für die nationale Verlängerung einzufangen. Außerdem rechnet die „Volksfürsorge“ in erster Linie damit, Angehörige der Arbeiterbewegung für sich zu gewinnen, wenn gleich sie außerhalb derbetrieblichen Stellung nicht ableben will. Nachdem der Referent noch Vorläufige Betriebe der Beitragsförderung genannt hatte, leiste eine sehr rege Diskussion über den leichten Punkt ein. Bauer hatte dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß die Gewerkschaftsfohrer auf ihren Wängen zu den Mitgliedern zugleich auch die Beiträge für die „Volksfürsorge“ mit einführen könnten und an der Hand von Beispiele die technische Möglichkeit dieses Systems erläutert. Von nachfolgenden Reden sprachen mehrere gegen diese Art der Röhrung starke Bedenken aus und begründeten dieselben mit den voraussichtlichen großen Schwierigkeiten, mit denen dieser zu rechnen haben würde. Von anderer Seite wurde zugegeben, daß die Frage der Beitragsförderung eine sehr schwierige sei und rechtlich überlegt werden müsse, doch aber dem Anschein nach durch die Gewerkschaftsführer gegenüber dem Einholen der Beiträge durch freiwillige Funktionäre der Vorschlag zu geben sei. Einig war man infolge, daß von einer Beitragsförderung abgesehen wurde, damit die Frage erst noch in voller Höhe in den einzelnen Gewerkschaftsvorständen geprüft werden könnte, ehe man zu einem abschließenden Urteil gelange.

Der Verband der Steinleger im Jahre 1912. Das Jahr 1912 war für den Verband der Steinleger ein Jubiläumsjahr. Auf

den Kongress im Jahre 1886 deichselten, in der Verband im Jahre 1887 ins Leben getreten — allerdings nicht als eine auf die Massenmeinten ihrer Mitglieder beruhende Organisation, sondern als ein pünktiger „Gesellschaftsverband“, dessen vornehmste Aufgabe sein sollte, das Strohzelten, das sich Steinlegerfamilie nennt und unser Gewerbe so sehr in Mitleidenschaft bringt, „ein heiliges“ und „ein geregeltes Gesellschaftsleben“ über Deutschland zu schaffen. Seit fünf Jahren später erhielt sich der Verband offiziell als einheitliches dem Bogen des mitteleuropäischen Staates sichere gewerkschaftliche Organisation, was auch damit es bewirkte, diesen Namen nicht überzudenken von „Weltgewerbe“; Berlin ist seitdem befreit, ob es im antiken oder gefüllt in der jüngst im Vertrag des Reichsvertrages erschienenen Geschichte der Berliner Steinleger-Gesellschaft. Der Verband hat nach seiner Reorganisation im Jahre 1912 dann allerdings in wirtschaftlicher Beziehung glänzend nachgebracht, was er vorher versprochen hatte. Und aus der Periode für 1912 hervor, daß der Verband ein würdiges Mitglied der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist. Es kam ihm dabei zu Ratten, daß — mit Ausnahme von Groß-Berlin — das Jahr 1912 ein für das Steinbergewerbe außerordentlich günstiges war. Der Jahresbericht verweist u. a. darauf, daß noch den Berichten der deutschen Steinindustriebetriebe, soweit sie sich in Händen von Steinbergewerbe befinden, die Steinleger, die sich mit der Herstellung von Blöckesteinen beschäftigen, vielleicht gar nicht in der Lage waren, die angeforderten Mengen kostengünstig liefern zu können. Heilige eine treffliche Illustration zu der angeblichen Lage der deutschen Steinindustrie, in der sie sich durch das Nichtvorhandensein eines Polizeiauges gegenüber den schmalen Blöckesteinen befindet. Gegen den Blöckesteinbau führt der Verband der Steinleger seit Zeiten des Blöckestein einen energischen Kampf, weil durch einen solchen des Steinbergewerbe ruiniert würde. Der Verband führt im Berichtsjahr nicht so umfangreiche Rämpfe wie in den früheren Jahren. Bei einer Mitgliedszahl im Jahresdurchschnitt von 10.700 (Mai 1912) führte der Verband insgesamt 68 Bewegungen mit 3000 Beteiligten, von denen nur ganz mit 52 Beteiligten ergebnislos verließen, und zwar je ein Angreif- und Abwehrschiff. Ereicht wurde durch die Bewegungen und Lohnkämpfe. Arbeitszeitverkürzung für 671 Betriebe 1142 Stunden pro Woche. Lohnverhöhung für 2003 Betriebe 965 M. pro Woche. Die Bewegungen waren neu angegangen und sieben Arbeitskreise. 32 Bewegungen ohne Arbeitsteilung verließen mit Erfolg. Durchsetzung bestand an Jahresdurchschnitt 121 für 1239 Betriebe mit 12.004 Beschäftigten, wovon 10.117 Verbandsmitglieder waren. Es sind demnach durch den Verband die Lohn- und Arbeitsbedingungen für nahezu drei Viertel aller Betriebsangehörigen mit Ausnahme des Hilfsarbeiterstabs tatsächlich geregelt. Unter den Tarifverträgen befinden sich zahlreiche, die ganze Branche oder größere zusammenhängende Betriebsgebiete umfassen. Die heilige Einigung des Tarifwesens im Steinbergewerbe hat dazu geführt, daß im Jahre 1912 die Verhandlungen zur Anbindung eines Reichsstatthafts, die schon seit Jahren geführt wurden sind, zu einem gewissen Abschluß gelangt sind, die queri und zwar schon vor 12 Jahren, den Bedürfnissen des Reichsstatthafts aufgewachsen haben. Der Verband hat dem bedeutsamsten vereinbarten Verträge gegen eine kleine Mindestzeit zugestimmt. Eine statuisse Erledigung über den Zeitraum des Jahres 1910 und 1912 beweisen, daß in dieser Sphäre noch mancherlei zu tun war. Doch der Stand bei Arbeitsergebnissen darüber hinaus ist nicht so fortgeschritten, wie es eigentlich zu erwarten gewesen ist. Eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Bereich des Verbandes, die auch die Republikats umfaßt, bereitete, wenn mit ganz vereinfachten Verträgen, die auch die Republikats umfaßt, noch immer hinter den meisten Privatbetrieben zurückblieben und daher immer noch nur als „Wirtsbetriebe“ wie für nicht sein sollen, angesiedelt werden können. Die Hinwendung des Verbandes hat in vogelzug Weise gehabt. Das gesamte Vermögen des Verbandes belief sich am Jahresdurchschnitt auf 356.351 M. Veräußert wurde u. a. für Stiere 45.880 M. Gewerkegegen-Unterstützung 1927 21 M., Fächerbau mit sozialdemokratischen Belegs. Die Stiere (die bei den Mitgliedern befindet) haben einen großen Beliebtheit erfreut 21.000 M., Spitzen 47.570 M., Reiseunterstützung 2008 200 M., Postunterstützung 4300 M., Reichsstatthalter und Reichsstatthalter 2819 M., Gruppenunterstützung 21.507 M., Sterkunterstützung 11.950 M.

Sicherung der Arbeitheit im Hamburger Hafen. Bei der vorjährigen Lohnverhandlung des Hamburger Hafenarbeiter wurde die Idee der Arbeitssicherung des Hafens zurückgewiesen, weil zur Regelung dieser Frage erst Verhandlungen mit der Eisenbahnverwaltung, der Hafenverwaltung, den Speditionskontoren und der Kaufmannschaft stattfinden müssten. Gefordert und auch zugestanden war, die Verlängerung der täglichen Arbeitsszeit um eine Stunde, auf neue Stunden. Die Arbeitsszeit sollte in der Weile geregelt werden, daß die Mittagspause fortsetzt und lediglich kurze Dienstpausen eingerichtet würden. Die Eisenbahnverwaltung jedoch erhöhte die Eisenbahnarbeiten im Hafen seien derart ungünstig, daß die Mittagspause von unterhalb Stunden unbedingt zur Längerung der anstehenden und abgehenden Güter verbleiben müsse. In dieser für die sozialistische Hafenverwaltung nicht sehr schmeichelhaften Tatsache scheiterte die heilige Regelung der Arbeitsszeit; die Arbeitsszeit wurde geöffnet werden. Einer kleinen Verhandlung der Hafenarbeiter wurde das Resultat der letzten Verhandlung vorgelegt. Danach sollte die Arbeitsszeit im Sommer um 7 Uhr, im Winter um 7½ Uhr beginnen und mit zwei bzw.

Landwehr verhindert; um ihm alle weiteren Vorwände abzudrehen, hatten Schornhorst und Stein in den preußisch-russischen Bündnisvertrag die Bestimmung aufgenommen, daß Preußen eine Landwehr einzurichten habe. Bereits am Tage nach der Kriegserklärung machte Schornhorst keinen Entwurf fertig; er brauchte nur die Gedanken niederschreiben, die seit Jahren in seinem Kopfe gereift waren.

Wie das Gesetz des Februar beruhete auch diese Ver-

ordnung auf der Vereinigung von Freiwilligen und Wehrpflicht.

Aufgestellt werden sollten 120.000 Mann, etwa der vierzigste Teil der Gesamtbevölkerung, verteilt auf die einzelnen Provinzen und Kreise.

Diejenigen, die freiwillig meldeten, erhielten sofort den Rang eines Gefreiten und die Ausbildung,

auch später bei der Beförderung vorsätzlich berücksichtigt zu werden. Soweit der auf jeden Kreis entfallende Anteil an Landwehrmannschaft durch die frei-

willige Melbung nicht erreicht wird, trat die Wölfung ein.

Wer waren unterworfen alle wehrfähigen Männer vom siebzehnten bis zum vierzehnten Lebensjahr, jeder Abgang nach dem gleichen Verhältnis. Die Ausnahmen von der Landwehrpflicht waren nur spärlich zugelassen; in den Haupt-

zwecken der Landwehr bestanden, die der österräumliche Landtag noch zugelassen hatte, wurde völlig ausgeschlossen.

Die Kosten der Landwehr wurden vom Staat grobenteils auf die Kreise abgewälzt. Der Staat lieferte nur Feuerwaffen, Munition und Kavallerielöbel. Die Kreise hatten aufzutunnen für die Waffen, womit das erste Geschütz

der Infanterie bewaffnet werden sollte, für die Patronen, Trommeln, Trompeten, Signalhörner, bei den Reitern, die den ersten Teil des Landwehrhauses umfassen mußten, auch für Pferde und Sättel. Die Kleidung sollte sich der Wehrmann nach Möglichkeit selbst beschaffen, sonst mußte auch hier der Kreis eintreten. Doch sollte alles so einfach und leicht wie möglich eingerichtet werden. Es genügte, daß der Landwehrmann eine Litanei hatte, wie sie sich aus dem Sonntagsprolog des Bauern leicht zurechtschneiden ließ.

der Provinz. Auch die Uniformen der Offiziere durften keinerlei Sticker zeigen. Einmal in der Woche vermittelte sich der Landwehr zu militärischen Übungen, am Sonntag und am Mittwoch; das Wesentliche blieb die Kunst, worin das altpreußische Heer so ganz ungeübt war; das Schießen nach dem Zielpfeil.

Der Staat die Kosten der Landwehr fast ganz auf die Kreise abwälzt, so konnte er die Kreise von der Einrichtung der Landwehr nicht ausschließen. In jedem Kreise wurde ein Amtshaus niedergelegt (zwei Rittergutsbesitzer, ein städtischer Bürger, ein Bauer), der die Ausbildung leitete, die Ausgebildeten vereidigte und die Offiziere bis zum Kompanie- oder Schwadronenchef aufwärts wählte, ohne an einen Lebensalter oder einen Stand gebunden zu sein. Für die hohen Offiziere bestand sich der König die Ernennung, der Kreis hatte der Bürger und der Bauer zu gewähren. Einem Rittergutsbesitzer bestand die heilige Regelung der Arbeitsszeit; die Arbeitsszeit wurde geöffnet werden. Einer kleinen Verhandlung der Hafenarbeiter wurde das Resultat der letzten Verhandlung vorgelegt. Danach sollte die Arbeitsszeit im Sommer um 7 Uhr, im Winter um 7½ Uhr beginnen und mit zwei bzw.

dem Jänner schon doppelt so stark vertreten werden wie die Bürger und die Bauern, so wurden sie von ihresgleichen gewählt, während die Befreite der Bürger und der Bauern vor der Regierung ernannt wurden. Und wenn die Ernennung der höheren Offiziere dem König überlassen war, so behielt er sich auch die Bestätigung der niederen, von den Kreisaußenstellen gewählten Offiziere vor, so daß etwa rückige Schafe ausgemergelt werden konnten. Selbst Kreisaußenstellen, die an der Organisation der österräumlichen Landwehr beteiligt waren, mußten sich nicht mehr eingeschränkt haben.

Den Anteil, den die Kreise von der Einrichtung der Landwehr nicht weit entfernt. Wenn in den Kreisausschüssen

die Jünger schon doppelt so stark vertreten waren wie die Bürger und die Bauern, so wurden sie von ihresgleichen gewählt, während die Befreite der Bürger und der Bauern vor der Regierung ernannt wurden. Und wenn die Ernennung der höheren Offiziere dem König überlassen war, so behielt er sich auch die Bestätigung der niederen, von den Kreisaußenstellen gewählten Offiziere vor, so daß etwa rückige Schafe ausgemergelt werden konnten. Selbst Kreisaußenstellen, die an der Organisation der österräumlichen Landwehr beteiligt waren, mußten sich nicht mehr eingeschränkt haben.

Den Anteil, den die Kreise von der Einrichtung der Landwehr nicht weit entfernt. Wenn in den Kreisausschüssen

die Jünger schon doppelt so stark vertreten waren wie die Bürger und die Bauern, so wurden sie von ihresgleichen gewählt, während die Befreite der Bürger und der Bauern vor der Regierung ernannt wurden. Und wenn die Ernennung der höheren Offiziere dem König überlassen war, so behielt er sich auch die Bestätigung der niederen, von den Kreisaußenstellen gewählten Offiziere vor, so daß etwa rückige Schafe ausgemergelt werden konnten. Selbst Kreisaußenstellen, die an der Organisation der österräumlichen Landwehr beteiligt waren, mußten sich nicht mehr eingeschränkt haben.

Den Anteil, den die Kreise von der Einrichtung der Landwehr nicht weit entfernt. Wenn in den Kreisausschüssen

die Jünger schon doppelt so stark vertreten waren wie die Bürger und die Bauern, so wurden sie von ihresgleichen gewählt, während die Befreite der Bürger und der Bauern vor der Regierung ernannt wurden. Und wenn die Ernennung der höheren Offiziere dem König überlassen war, so behielt er sich auch die Bestätigung der niederen, von den Kreisaußenstellen gewählten Offiziere vor, so daß etwa rückige Schafe ausgemergelt werden konnten. Selbst Kreisaußenstellen, die an der Organisation der österräumlichen Landwehr beteiligt waren, mußten sich nicht mehr eingeschränkt haben.

Den Anteil, den die Kreise von der Einrichtung der Landwehr nicht weit entfernt. Wenn in den Kreisausschüssen

die Jünger schon doppelt so stark vertreten waren wie die Bürger und die Bauern, so wurden sie von ihresgleichen gewählt, während die Befreite der Bürger und der Bauern vor der Regierung ernannt wurden. Und wenn die Ernennung der höheren Offiziere dem König überlassen war, so behielt er sich auch die Bestätigung der niederen, von den Kreisaußenstellen gewählten Offiziere vor, so daß etwa rückige Schafe ausgemergelt werden konnten. Selbst Kreisaußenstellen, die an der Organisation der österräumlichen Landwehr beteiligt waren, mußten sich nicht mehr eingeschränkt haben.

Den Anteil, den die Kreise von der Einrichtung der Landwehr nicht weit entfernt. Wenn in den Kreisausschüssen

die Jünger schon doppelt so stark vertreten waren wie die Bürger und die Bauern, so wurden sie von ihresgleichen gewählt, während die Befreite der Bürger und der Bauern vor der Regierung ernannt wurden. Und wenn die Ernennung der höheren Offiziere dem König überlassen war, so behielt er sich auch die Bestätigung der niederen, von den Kreisaußenstellen gewählten Offiziere vor, so daß etwa rückige Schafe ausgemergelt werden konnten. Selbst Kreisaußenstellen, die an der Organisation der österräumlichen Landwehr beteiligt waren, mußten sich nicht mehr eingeschränkt haben.

Den Anteil, den die Kreise von der Einrichtung der Landwehr nicht weit entfernt. Wenn in den Kreisausschüssen

die Jünger schon doppelt so stark vertreten waren wie die Bürger und die Bauern, so wurden sie von ihresgleichen gewählt, während die Befreite der Bürger und der Bauern vor der Regierung ernannt wurden. Und wenn die Ernennung der höheren Offiziere dem König überlassen war, so behielt er sich auch die Bestätigung der niederen, von den Kreisaußenstellen gewählten Offiziere vor, so daß etwa rückige Schafe ausgemergelt werden konnten. Selbst Kreisaußenstellen, die an der Organisation der österräumlichen Landwehr beteiligt waren, mußten sich nicht mehr eingeschränkt haben.

Den Anteil, den die Kreise von der Einrichtung der Landwehr nicht weit entfernt. Wenn in den Kreisausschüssen

die Jünger schon doppelt so stark vertreten waren wie die Bürger und die Bauern, so wurden sie von ihresgleichen gewählt, während die Befreite der Bürger und der Bauern vor der Regierung ernannt wurden. Und wenn die Ernennung der höheren Offiziere dem König überlassen war, so behielt er sich auch die Bestätigung der niederen, von den Kreisaußenstellen gewählten Offiziere vor, so daß etwa rückige Schafe ausgemergelt werden konnten. Selbst Kreisaußenstellen, die an der Organisation der österräumlichen Landwehr beteiligt waren, mußten sich nicht mehr eingeschränkt haben.

Den Anteil, den die Kreise von der Einrichtung der Landwehr nicht weit entfernt. Wenn in den Kreisausschüssen

die Jünger schon doppelt so stark vertreten waren wie die Bürger und die Bauern, so wurden sie von ihresgleichen gewählt, während die Befreite der Bürger und der Bauern vor der Regierung ernannt wurden. Und wenn die Ernennung der höheren Offiziere dem König überlassen war, so behielt er sich auch die Bestätigung der niederen, von den Kreisaußenstellen gewählten Offiziere vor, so daß etwa rückige Schafe ausgemergelt werden konnten. Selbst Kreisaußenstellen, die an der Organisation der österräumlichen Landwehr beteiligt waren, mußten sich nicht mehr eingeschränkt haben.

Den Anteil, den die Kreise von der Einrichtung der Landwehr nicht weit entfernt. Wenn in den Kreisausschüssen

die Jünger schon doppelt so stark vertreten waren wie die Bürger und die Bauern, so wurden sie von ihresgleichen gewählt, während die Befreite der Bürger und der Bauern vor der Regierung ernannt wurden. Und wenn die Ernennung der höheren Offiziere dem König überlassen war, so behielt er sich auch die Bestätigung der niederen, von den Kreisaußenstellen gewählten Offiziere vor, so daß etwa rückige Schafe ausgemergelt werden konnten. Selbst Kreisaußenstellen, die an der Organisation der österräumlichen Landwehr beteiligt waren, mußten sich nicht mehr eingeschränkt haben.

Den Anteil, den die Kreise von der Einrichtung der Landwehr nicht weit entfernt. Wenn in den Kreisausschüssen

die Jünger schon doppelt so stark vertreten waren wie die Bürger und die Bauern, so wurden sie von ihresgleichen gewählt, während die Befreite der Bürger und der Bauern vor der Regierung ernannt wurden. Und wenn die Ernennung der höheren Offiziere dem König überlassen war, so behielt er sich auch die Bestätigung der niederen, von den Kreisaußenstellen gewählten Offiziere vor, so daß etwa rückige Schafe ausgemergelt werden konnten. Selbst Kreisaußenstellen, die an der Organisation der österräumlichen Landwehr beteiligt waren, mußten sich nicht mehr eingeschränkt haben.

Den Anteil, den die Kreise von der Einrichtung der Landwehr nicht weit entfernt. Wenn in den Kreisausschüssen

die Jünger schon doppelt so stark vertreten waren wie die Bürger und die Bauern, so wurden sie von ihresgleichen gewählt, während die Befreite der Bürger und der Bauern vor der Regierung ernannt wurden. Und wenn die Ernennung der höheren Offiziere dem König überlassen war, so behielt er sich auch die Bestätigung der niederen, von den Kreisaußenstellen gewählten Offiziere vor, so daß etwa rückige Schafe ausgemergelt werden konnten. Selbst Kreisaußenstellen, die an der Organisation der österräumlichen Landwehr beteiligt waren, mußten sich nicht mehr eingeschränkt haben.

Den Anteil, den die Kreise von der Einrichtung der Landwehr nicht weit entfernt. Wenn in den Kreisausschüssen

die Jünger schon doppelt so stark vertreten waren wie die Bürger und die Bauern, so wurden sie von ihresgleichen gewählt, während die Befreite der Bürger und der Bauern vor der Regierung ernannt wurden. Und wenn die Ernennung der höheren Offiziere dem König überlassen war, so behielt er sich auch die Bestätigung der niederen, von den Kreisaußenstellen gewählten Offiziere vor, so daß etwa rückige Schafe ausgemergelt werden konnten. Selbst Kreisaußenstellen, die an der Organisation der österräumlichen Landwehr beteiligt waren, mußten sich nicht mehr eingeschränkt haben.

Den Anteil, den die Kreise von der Einrichtung der Landwehr nicht weit entfernt. Wenn in den Kreisausschüssen

die Jünger schon doppelt so stark vertreten waren wie die Bürger und die Bauern, so wurden sie von ihresgleichen gewählt, während die Befreite der Bürger und der Bauern vor der Regierung ernannt wurden. Und wenn die Ernennung der höheren Offiziere dem König überlassen war, so behielt er sich auch die Bestätigung der niederen, von den Kreisaußenstellen gewählten Offiziere vor, so daß etwa rückige Schafe ausgemergelt werden konnten. Selbst Kreisaußenstellen, die an der Organisation der österräumlichen Landwehr beteiligt waren, mußten sich nicht mehr eingeschränkt haben.

Den Anteil, den die Kreise von der Einrichtung der Landwehr nicht weit entfernt. Wenn in den Kreisausschüssen

die Jünger schon doppelt so stark vertreten waren wie die Bürger und die Bauern, so wurden sie von ihresgleichen gewählt, während die Befreite der Bürger und der Bauern vor der Regierung ernannt wurden. Und wenn die Ernennung der höheren Offiziere dem König überlassen war, so behielt er sich auch die Bestätigung der niederen, von den Kreisaußenstellen gewählten Offiziere vor, so daß etwa rückige Schafe ausgemergelt werden konnten. Selbst Kreisaußenstellen, die an der Organisation der österräumlichen Landwehr beteiligt waren, mußten sich nicht mehr eingeschränkt haben.

Den Anteil, den die Kreise von der Einrichtung der Landwehr nicht weit entfernt. Wenn in den Kreisausschüssen

die Jünger schon doppelt so stark vertreten waren wie die Bürger und die Bauern, so wurden sie von ihresgleichen gewählt, während die Befreite der Bürger und der Bauern vor der Regierung ernannt wurden. Und wenn die Ernennung der höheren Offiziere dem König überlassen war, so behielt er sich auch die Bestätigung der niederen, von den Kreisaußenstellen gewählten Offiziere vor, so daß etwa rückige Schafe ausgemergelt werden konnten. Selbst Kreisaußenstellen, die an der Organisation der österräumlichen Landwehr beteiligt waren, mußten sich nicht mehr eingeschränkt haben.

Den Anteil, den die Kreise von der Einrichtung der Landwehr nicht weit entfernt. Wenn in den Kreisausschüssen

die Jünger schon doppelt so stark vertreten waren wie die Bürger und die Bauern, so wurden sie von ihresgleichen gewählt, während die Befreite der Bürger und der Bauern vor der Regierung ernannt wurden. Und wenn die Ernennung der höheren Offiziere dem König überlassen war, so behielt er sich auch die Bestätigung der niederen, von den Kreisaußenstellen gewählten Offiziere vor, so daß etwa rückige Schafe ausgemergelt werden konnten. Selbst Kreisaußenstellen, die an der Organisation der österräumlichen Landwehr beteiligt waren, mußten sich nicht mehr eingeschränkt haben.

Den Anteil, den die Kreise von der Einrichtung der Landwehr nicht weit entfernt. Wenn in den Kreisausschüssen

die Jünger schon doppelt so stark vertreten waren wie die Bürger und die Bauern, so wurden sie von ihresgleichen gewählt, während die Befreite der Bürger und der Bauern vor der Regierung ernannt wurden. Und wenn die Ernennung der höheren Offiziere dem König überlassen war, so behielt er sich auch die Bestätigung der niederen, von den Kreisaußenstellen gewählten Offiziere vor, so daß etwa rückige Schafe ausgemergelt werden konnten. Selbst Kreisaußenstellen, die an der Organisation der österräumlichen Landwehr beteiligt waren, mußten sich nicht mehr eingeschränkt haben.

Den Anteil, den die Kreise von der Einrichtung der Landwehr nicht weit entfernt. Wenn in den Kreisausschüssen

die Jünger schon doppelt so stark vertreten waren wie die Bürger und die Bauern, so wurden sie von ihresgleichen gewählt, während die Befreite der Bürger und der Bauern vor der Regierung ernannt wurden. Und wenn die Ernennung der höheren Offiziere dem König überlassen war, so behielt er sich auch die Bestätigung der niederen, von den Kreisaußenstellen gewählten Offiziere vor, so daß etwa rückige Schafe ausgemergelt werden konnten. Selbst Kreisaußenstellen, die an der Organisation der österräumlichen Landwehr beteiligt waren, mußten sich nicht mehr eingeschränkt haben.

Den Anteil, den die Kreise von der Einrichtung der Landwehr nicht weit entfernt. Wenn in den Kreisausschüssen

die Jünger schon doppelt so stark vertreten waren wie die Bürger und die Bauern, so wurden sie von ihresgleichen gewählt, während die Befreite der Bürger und der Bauern vor der Regierung ernannt wurden. Und wenn die Ernennung der höheren Offiziere dem König überlassen war, so behielt er sich auch die Bestätigung der niederen, von den Kreisaußenstellen gewählten Offiziere vor, so daß etwa rückige Schafe ausgemergelt werden konnten. Selbst Kreisaußenstellen, die an der Organisation der österräumlichen Landwehr beteiligt waren, mußten sich nicht mehr eingeschränkt haben.

1½ Stunden Mittagspause bis abends 6 Uhr währen. Bei der Beleidigung des Beginns der Arbeitzeit wurde auch auf die Arbeitsförderung nicht genommen werden, die mit der Verkürzung nach den Werktagen nicht zusammenfielen. Für die Erwerbsärzte, Betriebsärzte und Spezialarbeiter bestanden die Unternehmer darauf, daß die Wohlung dieser Arbeiter morgens in den Konzernen nicht in die Arbeitzeit falle, was bisher der Fall war. Unter dieser Bedingung würde aber für diese Gruppen die Verfügung der Arbeitszeit eine nur eine halbe Stunde betragen. In der Versammlung wurde außerdem sofort festgestellt, daß die Arbeitszeit von 15 Stunden ganz fortfallen soll. Eine Resolution, die aus der Versammlung heraus eingeführt und in der eine andere Regelung vor allem der Weißarbeit verlangt wurde, lehnte die Versammlung als nicht weit genug gehandelt ab. Neue Verhandlungen sind angeboten. Die Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde kommt für etwa 27.000 Arbeiter in Frage. Am 1. Mai sollen die Verhandlungen beendet sein. Die geringe Angelegenheit zieht weite Kreise, haben die Betriebsbetriebe doch ihre Arbeitszeit der Neuregelung angepaßt.

Zum Streit im oberelsässischen Bergbau. Vom Streit sind nunmehr 50 Gruben eröffnet; auch auf die fiskalischen Tiefbaubetriebe hat sich der Streit ausgedehnt. Die Zahl der Streitenden beträgt über 50.000. Es macht sich schon erheblicher Kohlemangel bemerkbar. Die Barthobütte, eine große Eisenhütte in Kottwitz, auf der 1000 Arbeiter beschäftigt sind, hat ihren Betrieb wegen Mangel an Kohle eingestellt. Die Bekanntmachung der Direktion sagt ausdrücklich, daß bevor der Bergarbeiterkrieg nicht beendet sei, der Betrieb nicht wieder aufgenommen werden sollte.

Chauferkrieg in Hamburg. Wegen Mängelregelung von neuen Kollegen führt am Mittwoch 29 Chaufer der Hamburger Elektro- & Draht-Arbeiter-Verein in den Streit eingetreten. Sieben Gewerkegruppen sollen nach Ansicht der Direktion nicht genügend Einnahme erzielt haben. Weitere Wahrergellungen wurden angeordnet. Die Streitenden verlangen anhänger der Wiedereinstellung der Gewerkegruppen Abholzung der bisherigen Vereinbarungsmaßnahme, nach der sie in der Halbtagszeit eine Einnahme von mindestens 25 Mark erzielen sollen.

Die Lohnbewegung der Tättler in Bremen hat verhinderte die strohige Organisation in Verbindung mit der günstigen Konjunktur am Ende eines günstigen Verlaufs genommen, ohne daß die Arbeiter genötigt waren, zu streiken. Die Windstöße wurden erhöht, eine Lohnzulage von durchschnittlich 10 Prozent durchgeführt und noch kostbare Verbesserungen getroffen. Während die Verbündungen mit den Unternehmern ziemlich glatt von Ratten gingen, legten die Innungsmäster den Forderungen der Arbeiter Widerstand entgegen. Als auf drei Seiten ignorierten sie die Einladungen des Obermeisters, baten aber vollständig belastete Gewerbeverbände ab, in denen sie die Abmilderung der drei Meister und der Lohnkommission mißtrauen und einen schlechteren Vertrag ausarbeiten. Als Vorwurf scherte an der Einigkeit der Arbeiter. Um einen Streit zu vermeiden, erklärten die Innungsmäster sich zu Lohn erhöhungen bereit. Diese Lohnbewegung umfaßte alle Branchen des Gewerbes.

Aus der italienischen Arbeiterbewegung. Der Verbundstag der Eisenbahnarbeiter, auf dem 60.000 Mitglieder vertreten waren, beschloß angeknüpft der Trennung der gewerkschaftlichen Bewegung in zwei verschiedene Landeszentralen, sich einer der beiden Zentralen anzuschließen. Die Ortsgruppen dagegen blieben nach wie vor gehalten, der örtlichen Arbeitskammer (Gewerkschaftskartei) angehörig. So die Arbeitskammer der einen oder der anderen gewerkschaftlichen Landeszentrale angehören. — Der Vize der Genossenschaften gehörte jetzt 770 Genossenschaften, 239 Produktionsgenossenschaften, 58 Genossenschaften zum Bau billiger Wohnungen, 31 landwirtschaftliche und 47 gemischte Genossenschaften an. — Ein Kongress zur Verhandlung der Vertragsfragen wird vom 8. bis 11. Juni d. J. in Rom stattfinden. — Der Kongress des Verbundes der Hotel- und Restaurantangestellten, der am 11. und 12. März in Florenz stattfand, beschloß die völlige Reorganisation des Verbundes. Derselbe bleibt dem Gewerkschaftsbunde angegliedert und verpflichtet die Ortsgruppen zum Anschluß an die örtlichen Kartelle. 27 Sektionen waren auf dem Kongress vertreten.

Soziales.

Über die Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrentner auf das 65. Lebensjahr soll nach Artikel 84 des Einführungsgesetzes.

Verkauf.

Buchhändler M. Sternberg zu Basel lädt

Freitag den 25. April. ab, in den Ställungen des Goltwirtz Ztg. Hollerstor zu Büdingen, verlängerte Bismarckstraße,



15 Stück teils hochtragende, teils frischmilde

Rühe und Rinder

auch einige Weidefüße gegen Barzahlung und auch auf Zahlungsbasis verkaufen.

Das Vieh steht am Verkaufsangebot von mittags 10 Uhr an zur Besichtigung am Verkaufsort.

Nürnberg, 21. April 1913.

H. Gerdes,

amt. Auktionsator.

Sportfliegwagen billig zu verkaufen

Vereinte 24. 2. Cl. r.

Freibank

am Schindhof.

Freitag abend 6 Uhr

Fleisch-Verkauf

Schlachthof-Direktion.

Sperling

Gut erhalten fast neue

Wohnungseinrichtung

wegen Auswanderung zu verkaufen. Passen für junge

Leute. Händler verbieten.

Küster, Peterstr. 30, 3. Et. L.

Zu vermieten

per sofort ein 65 qm großer

Laden

in unserem Gebäude Göder-

straße 41 — Gedächtnisstraße 8,

einfach, Zentralheizung 840 Mk.

per Jahr.

Abels & Freudenbach

— Büdingen.

Zu vermieten

eventl. in Verbindung zu vergeben

einem freundl. Zigarrenladen mit

dreifach. Wohnung an hinterer

Gebäuete. Größe: 100 qm.

besiedelt d. Cl. v. d. F.

gesches zur Reichsversicherungsordnung im Jahre 1915 der Reichstag einen Beschuß ließen. Bei Beratung der Reichsversicherungsordnung hatte die Regierung bekanntlich diese Verordnung vorgelegt und die Verhandlungen über die Reichsversicherung der Privatangehörigen und die Rentenversicherung der Beamten der Reichsversicherung forderte. In jener Debatte hatte die Reichsregierung bestanden, daß die Kosten für den Bezug des Altersrente von 15. Lebensjahr ab einer jährlichen Beitragsrate von 40% Millionen Mark verursachen würde, wenn das Reich 12% Millionen und die Verhandlungsgruppen 28 Millionen Mark zu tragen hätten. Das war im Juli 1908. Als aber die Regierung neun Monate später den Entwurf der Reichsversicherungsordnung vorgelegt, bewiesste sie diese Kosten nur noch auf 25,8 Millionen Mark jährlich, wosonach das Reich 8,9 Millionen Mark und die Verhandlungsgruppen 19,9 Millionen zu tragen hätten. Dies war bei der Verhandlung von 1908 eine Durchschnittsrente von 100,80 Mark zugrunde gelegt war und bei der von 1909 eine Durchschnittsrente doch um 12 Millionen Mark jährlich niedriger sein. Der Reichstag bestand darin auch diese Berechnungen der Regierungsmathematiker mit großer Skepsis. Wie berechtigt das Richteten gegen diese Meinung war, zeigt sich jetzt, nachdem die Regierung ernsthaft davon geht, gesetzungen durch Artikel 84 des Einheitsvertrages, Arbeitsmarktkonditionen für die Reichsversicherung der Altersrente zu beschaffen. Auf einer Konferenz der Vertreter der Landesversicherungsgruppen, die umfangreich die Reichsversicherungsordnungen abgeschlossen wurde, konnte auf Grund der bei den Verhandlungsgruppen vorgenommenen Zahlungen festgestellt werden, daß die Gesamtbetätigung nicht 40,5 Millionen, auch nicht 28 Millionen, sondern nur 12,75 Millionen Mark jährlich vertritt, wosonach das Reich 3,4 und die Verhandlungsgruppen 9,3 Millionen Mark zu tragen hätten. Selbst wenn das Reich sich an den Rechtsosten nicht beteiligt würde, sondern diese ganz auf Beiträge ausgeschlossen werden könnten und zu diesen Zwecke eine Beitragsabnahme — bei jetzt rund 14 Millionen Verdiensten — — durchschnittlich 2% erhöht werden. Bei den Milliardensummen aber, mit denen die Altersrenteversicherung heute rechnet, ist diese Ausgabe von 14 Millionen Mark wirklich nicht so erheblich, daß eine Beitragsabnahme gerechtfertigt wäre. Damit entfällt die Rücksicht auf die Ausbau der Altersrenteversicherung.

Die Regierung wird, nachdem die Gelegenheit zur Ausübung der Rechte der Arbeitnehmer, die in den Verhandlungsgruppen vereinbart worden waren, auf die Bezeichnung der Arbeitnehmerkasse verzichtet, die umfangreichen Abmachungen der bisherigen Vereinbarungsmaßnahme, nach der die Alterseinstellung der Bergarbeiterkasse nicht wieder aufgenommen werden sollte.

Dermischtes.

Die Verbreitung der Tuberkulose in den wohlhabenden Kreisen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Tuberkulose der ärmeren Bevölkerung in viel höherem Maße in Wiedenleidenschaft steht, wie die wohlhabende. So starben z. B. in Bremen bei der ärmeren Bevölkerung auf 10.000 Lebende berechnet 30, bei der wohlhabenden aber nur 7. Nur daß man aber bei Sektionen gefunden, daß fast alle Menschen, unbeschädigt ihrer sozialen Lage, Rekte von Tuberkulose aufweisen, und auch Probeuntersuchungen, die man zur Feststellung der Diagnose bei Lebenden vornehmen, deuten darauf hin, daß die wohlhabenden Kreise der Ansteckung genau in demselben Maße ausgelegt sind, wie die armen. So nah Professor Kruse in Bonn Impfungen unter seinen Hörern vor und fand, daß 84 Prozent auf die Tuberkulinimpfung reagierten. Mindestens ebensoviel mit mäßigen Tuberkulosezellen angesteckt sein, daraus ist der Schluss zu ziehen, daß auch der wohlhabende Teil der Bevölkerung von der Tuberkuloseansteckung weit mehr bedroht ist, als man erwartet könnte. Die Ansteckungsfähigkeit dieser Krankheit ist so groß, daß sie ein Vorfahr mit den Mäusen vergleichbar hat. Doch aber die wohlhabenden Kreise der Ansteckung viel weniger erleiden wie die Armen, nicht zweitens daher, daß sie eine größere Widerstandsfähigkeit besitzen, die durch die bessere Ernährung und günstigeren Wohnungsvoraussetzungen bedingt wird.

Mädchenfüße als Soldatenförderer. Man schreibt aus London: Die Generale des Territorialarmee schreiben in der Zeit am Ende ihres Lateins angefangt zu sein, wenn man aus den vergangenen Mitteln, mit denen sie jetzt einige Freunde zum Anschluß an die Armee locken wollen. Schlässe ziehen kann. In der Londoner Vorstadt Twickenham soll heute der erste Freundi gemacht werden, schöne Mädchen systematisch als Rekrutierungsgerüchte zu verwenden. Eine

50 der Mädchen werden sich daran machen, die jungen Leute in ihren Wohnungen aufzutun und ihnen mit süssen Worten und entsprechenden Gedanken die Unterchristen, die sie zum Eintritt in die Territorialarmee verpflichtet, zu entlocken. Das Mädchen, das die meisten Unterchristen verdeckt, erhält für ihre patriotischen Dienste eine Auszeichnung. Wenn nicht anders geht, so dürfen auch Küsse als Überredungsmittel benutzt werden, nur heißt es, wobei es um lauterer Wettbewerb, mehr als einen Kuss für eine Unterchrist anzubieten. Küsse als Waffen im politischen Kampfe sind ja in England nicht ganz unbekannt. Insbesondere haben die aristokratischen Domänen der konserватiven Prinzipiaten bei den allgemeinen Wahlen nicht damit gespart. Und die Waffe erwies sich so manchen Wähler als unwiderrührlich. Allein mit der Zeit fanden Zweifel darüber aus, ob der Wähler, verdeckt durch die Scheinheit der Wahl, bis zum Wahltag nicht in seine alten politischen Aufstellungen zurückkehrte. Deshalb ist dieses Wahlkampfmittel in letzter Zeit mehr und mehr aus der Mode gekommen. Die weiblichen Rekrutierungsgerüchte suchen freilich auf sicherem Boden. Hier muß der Handel sofort vollzogen werden: keine Unterchrist, kein Kuss. Vielleicht haben sie deshalb mehr Erfolg. Denfalls genügt die Vourgewissheit der Zwischenbank heute eine ideale patriotische Erziehung.

Das erklärte Scheitern des Dollarprinzips. Eine Kommission wird von 40 Millionen Mark. Miss Tilla Gilbert, hat das bei Dollarprinzessinnen besonders seltene Glück gehabt, den idealen Mann zu finden. Vor einem Jahr etwa berief sie ihr Geschäft folgendermaßen: „Er muß sehr sich groß sein und ein Freund der Arbeit.“ Er auch dunkelhaarig, ein guter Reiter. Er sieht lieb haben, platt rotiert sein, mit starker Brustlade und eng am Kopf anliegenden Ohren. Er muß selber sein Geld verdienen, der Christopfhirte angehören und ein Reisefahrer sein. Starkes Haar, über dem linken Ohr geföhnt, muß er haben und eine große Nase, große und kluge, aber durchaus nicht feierliche Augen, weil Männer mit feierlichen Augen der Regel noch keine Geldverdiener sind. Dann muß er ganz bekannte Ideen über das Auftreten von Schweinen und Hühnern haben. Er muß Bronzestatuen in den Taschen nehmen und Blumen tragen, wie der Schauspieler John Drew.“ Und dieses Musterbild des Ehemanns hat die junge Dame nunmehr in Howard Vice Reinhardt aus Troy im Staate New York gefunden. Freilich alle Forderungen der anspruchsvollen Dollarprinzessin erfüllt auch dieser Idealmann nicht. Er ist weder platt rohert, noch hat er das gewünschte gekräuselte Haar über dem linken Ohr. Aber er wird außerdem die vielseitigsten Millionenbrüder um, um die sich so manche Reiche, unter ihnen auch ein Reise des Präsidenten Taft, beworben haben. Zu der Wahl des Mr. Reinhardt bleibt sie der Bräutigam durch die ihr Vater ein Kleinvermögen erwarb. Auch der ideale Bräutigam kommt aus der Kleiderkonfektion, ist sehr leichter Leinen und seine Tante ist die Mutter des Herzogs von Marlborough.

Aus dem Bezirksparteisekretariat.

Sonnabend, den 26. April.

Accum.

Bürger-Verein. Abends 8 Uhr bei Eggers.

Oldenburg.

Arbeiter-Abstinentenbund. Abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Höchwasser.

Freitag, 25. April: vormittags 3.50, nachmittags 4.05

Arbeiter, agitiert für Eure Zeitung!

Glänzender Verdienst!

In Hamburg. Zister. u. Zigaretten.
Hans J. Weiteler. Adr.: H. J. 11
Halsteinstr. 10 und Vogelstr. 10a Hamburg.

Wir suchen

für unser Dorfwerk auf sofort
fräsl. solide Arbeiter zum
Spül- und Spülmaschinen, Wan-
nenbau. Muß sich an Wisselb. zuheben
im Neuenweg bei Barel.

Dr. Carl & Co., Barel.

Geucht per sofort

ein Schuhmacher-Geselle.
Dr. G. Elling, Mühlentorstr. 12.
Gde. Bismarckstr.

Geucht auf sofort

ein Gehilfe.
A. Stahl. Dachdeckermeister,
Jever. — Telefon 329.

Geucht

zum 1. Mai für meine Schmiede
und Schlosserei ein Gehilfe.
Drit. Geertzen. Schmiedemeister,
Apeln.

Geucht

zum 8. Mai für mein Wogenmädchen
bei Kinderloren Geertzen. Mäthes
in der Egy. d. Mäthes.

Junger Dunk zugelassen.

Brem. Straße 57, 2. Et.

Malerarbeiten jeder Art

werden prompt und billig ausgeführt durch

die ausgesperrten Malergehülfen.

Es wird gebeten, Arbeitsaufträge an das Kreis-
büro der Maler, Grenzstraße 28 (Wih. Halbwesel)

gelangen zu lassen. Ferner halten wir uns zur An-
fertigung von Kostenanschlägen, sowie Zeichnungen und
Entwürfen bestens empfohlen. Die Streitlichkeit.

Zu verkaufen

per sofort ein 65 qm großer

Laden

in unserem Gebäude Göder-

straße 41 — Gedächtnisstraße 8,

einfach, Zentralheizung 840 Mk.

per Jahr.

Abels & Freudenbach

— Büdingen.

Zu verkaufen

eventl. in Verbindung zu vergeben

einem freundl. Zigarrenladen mit

dreifach. Wohnung an hinterer

Gebäuete. Größe: 100 qm.

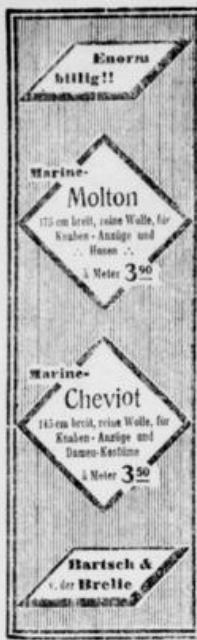
besiedelt d. Cl. v. d. F.

Wilhelmshavener Aktien-Brauerei.

Wir empfehlen unsere
aus feinsten Rohmaterialien
hergestellten Biere.

Der Vorstand: B. H. Bührmann.

Landesbibliothek Oldenburg



Emsfische:
große und kleine Schellfische,
große und kleine Schollen,
Solejungen, Rauherhahn,
Rabelau, Seelachs,
Makrelen, Sardinen, Karpade,
Steinbutt, Heilbutt,
Leb. Thalei, gr. Heringe,
la Majes, Heringe,
Under Salzheringe.

J. Heins, Fischhandl.
Bismarckstrasse. Marktstrasse.
Wilhelmsh. Str. Tel. 455.

Achtung! Achtung!
Wer seine Stiefel oder Schuhe
schnell, gut und billig repariert
haben will, berücksichtige eine
Vollfeste nach

Weiland's
Reparatur-Werkstatt

Rüstringen, Bismarckstr. 13,
neben der Räumerei. Nach
bekannt man da die billigsten
neuen Schuhe und Stiefel. An-
fertigungen nach Maß werden
prompt erledigt. Ganz besonders
bringe meinen Schuh-Bauschmitten
in empfehlende Erinnerung.

Prima Rindertalg
8 Pf. u. 10 Pf.

Nieren-Talg
6 Pf. 8 Pf.
frische schöne Rinderknochen
2 Pf. 25 Pf.
empfiehlt

Hammer
Königstrasse 54.

Habe 50 Stück schöne
Fertel
zu verkaufen.
Brauerei Neuende
8. J. Zünnen.

Fahrradhaus „Frida auf“
Offenbach a. M.
Bezirk-Verkaufsstelle
für Oldenburg - Uelzenland

Rüstringen, Bismarckstr. 70,
bei **Fritz Drost** —
empfiehlt allen Fahrradbesitzern
neben, Bürgern und Arbeitern
sein Lager in
Hobberden, Räumereien,
sowie einem Juwelier.
Eigenes Qualitätshaus —
und Reparaturwerkstatt. —
Gute Preise. Prompte Lieferung

J. EGBERTS Grosses Geschäftshaus

Inhaber: Lütter & Wiesemüller.



Garten- u. Balkonmöbel

in Eisen, Rohr, Weiden und Holz.

Peddigrohr-Möbel

in mod. Formen nach
Künstler-Entwürfen.



Tennisschläger und Bälle

und andere Sportartikel in grosser Auswahl.

Club	8.50 Mk.
Invincible	10.00 Mk.
Challenge	11.00 Mk.

Matsch	13.00 Mk.
Marvel	13.00 Mk.
Terror	15.00 Mk.

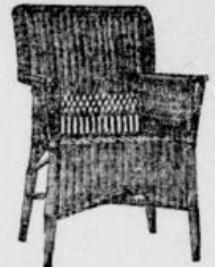
Rollschutzwände : Rasenmäher

Gartenschlauch : Schlauchrollen

Fliegende Holländer

(Selbstfahrer für Kinder)

Mk. 11.00, mit Guumi Mk. 15.00



Fussbälle, Faustbälle, Schleuderbälle, Schlagbälle etc.

Freitag!! Sonnabend!! Sonntag!!

Konserven-Extra-Preise

Junge Erbsen 1-Pfund-Dose . . . 23 33 42 52 65 Pf.

Erbsen mit Karotten 2-Pfund-Dose . . . 35 55 75 95 120 Pf.

Leipziger Allerlei 2-Pfund-Dose . . . 45 65 Pf.

Ia Wachs- und Perlbohnen 2-Pfd.-Dose 38 Pf., 4-Pfd.-Dose 75 Pf.

Ia Brech- u. Schnittbohnen 2-Pfd.-Dose 28 Pf., 4-Pfd.-Dose 55 Pf.

Stangenspargel 1-Pfund-Dose . . . 58 70 95 118 Pf.

Bruchspargel 2-Pfund-Dose . . . 105 130 160 225 Pf.

Pflaumen mit Stein 2 Pfd.-Dose 45 Pfennig.

do. ohne Stein 55 Pfennig.

Birnen, weiß 2-Pfund-Dose 60 Pfennig.

Kirschen mit Stein 2 Pfd.-Dose 65 Pfennig.

do. ohne Stein 82 Pfennig.

Stachelbeeren 2-Pfund-Dose 58 Pfennig.

J. Margoniner & Co. Marktstr. 34

Gökerstr. 8

Apollo-Lichtspiele

Marktstr. 42. Marktstr. 42.

Ab Freitag, den 25. April:

Der Film von der Königin Luise

III. und letzter Teil:

Die Königin der Schmerzen!

Ausserdem das reichhaltige Programm.

Verlegte heute mein Geschäft

von Bismarckstrasse 90 nach
meinem neuen Geschäftslokal

Gökerstrasse 7a

(Parkseite desselben Hauses).

Heinr. Flitz.

Verlobungskarten liefern in geschmackvoller
Ausführung

Paul Hug & Co.

Fettwarenhaus Hansa

Inhaber: Theodor Schiermann.

Zentrale Hamburg.

— Filialen: —

Wilhelmshav. Straße 7

Wilhelmshav. Straße 60

Gökerstraße 4, Rüstringen

— Billigste Preise. —

Große Auswahl in

Käse, Milchprodukte, Fleisch- und Wurstwaren.

Holstein, Hamburg, Westfälisch. u. Oldenburg. Ursprung.

Wo kaufen Sie

Knaben, Mädchen- und Kinder-Stiefel? Es ist schwer,
Kinder-Stiefel zu finden, die gut aussehen, gut sitzen,
dauerhaft und preiswert sind. Seit Jahren legen wir
den größten Wert auf Kinder-Stiefel, die alle diese
Eigenschaften vereinigen. Unser Kinder-Stiefelgeschäft
in unserer Spezialmarke „Walküre“ bringt uns
täglich neue Kunden.

Crost & Wehlau, Schuhmacherstr.

Rüstringen, Wilhelmsh. Strasse 70. Wilhelmshaven, Bismarckstr. 95.

Gehrockanzug

Herren- u. Damen-Anzug, fertig
zum Abholen.

Zum Wählen und Neuanfertigung
empfiehlt sich

Frau Günther, Weinstr. 9, part.

Konsum- u. Sparverein Rüstringen u. Umg.

c. G. m. F. H. Baut.

Die geehrten Mitglieder werden dringend erachtet,
monatlich die kleinen Marken gegen große in den
Verkaufsstellen umzutauschen. Der Vorstand.



2. Beilage.
27. Jahrg. Nr. 96.

Norddeutsches Volksblatt

Freitag
den 25. April 1913.

Aus dem Lande.

Die Märkte im Herzogtum im Monat Mai.

Im Monat Mai dieses Jahres finden in dem Gebiete des Herzogtums Oldenburg folgende Märkte statt, und zwar in alphabatischer Ordnung und chronologischer Datumsfolge und wie nachstehend angegeben: In Barel am 5. Vieh- und Krammarkt; in Berne am 8. Pferde-, Vieh- und Krammarkt; in Buxtehude am 19. Viehmarkt; in Cappenberg am 2. und 29. Viehmarkt; in Damme am 29. Viehmarkt; in Delmenhorst am 23. Vieh-, Hau- und Strohmarkt; in Dinklage am 19. Viehmarkt; in Emden am 6. Vieh- und Krammarkt; in Emsdetten am 7. Pferde-, Vieh- und Krammarkt; in Effen am 16. Vieh- und Krammarkt; in Friesoythe am 6. Viehmarkt und am 12. Krammarkt; in Garrel am 8. Viehmarkt; in Hohenkirchen am 5. Viehmarkt; in Holdorf am 5. Vieh- und Krammarkt; in Jever am 6. und 13. Vieh- und Krammarkt und am 29. und 27. Viehmarkt; in Langenfelde am 20. Pferde-, Vieh- und Krammarkt; in Lünen am 13. Vieh- und Krammarkt; in Löhne am 9. und 23. Viehmarkt; in Lüdinghausen am 19. Viehmarkt; in Oldenburg am 7. Viehmarkt; in Ovelgönne am 16. Viehmarkt; in Rüstringen am 4. Krammarkt; in Seefeldernkamp am 26. Schaf-, Schweine-, Fleisch- und Holzmarkt; in Strückhausen am 5. Schaf-, Schweine-, Fleisch- und Holzmarkt; in Strüdingen am 20. Viehmarkt; in Barel am 5. und 19. Schafmarkt und am 29. Viehmarkt; in Bedburg am 13. und 27. Viehmarkt; in Westerstede am 5. Vieh- und Krammarkt und in Wildeshausen am 5. Pferde-, Vieh- und Krammarkt. — Außerdem finden im Monat Mai noch folgende Schweinemarkte statt: In Barel am 20., in Cloppenburg am 20., in Delmenhorst am 2., 16., 23. und 30., in Neuenburg am 15., in Oldenburg am 8., 15. und 29., in Rastede am 3. und 17., in Barel am 5. und 19., in Westerstede am 2. und 16. und in Wildeshausen am 9. Mai.

Oldenburg, 24. April.

Die Vorlegung eines neuen Beamtengeches wird von den „Nachrichten“ für den Landtag angekündigt.

Sand in die Augen! Der in Brakel erscheinende „Beifahrer“, der in Chauvinismus und Nationalstöterei nach Reichsverdienstorden macht, beglückt in seiner heutigen Nummer seine Leser, zu denen nebenbei gesagt auch noch eine Reihe unverständiger Arbeiter gehören, mit folgendem Blödsinn:

„Seit einigen Jahren versucht die Sozialdemokratie bekanntlich, auch in Staatsbeamten- und Unterbeamtenkreisen seitens sich zu lassen. Im Oldenburger Lande scheint sie hiermit aber wenig Blut zu haben. An den Kreisen der Unterbeamten hat sie überhaupt (?) keinen Erfolg gehabt; die hier mit Geschäftigung des vorgefegten Behörden im Laufe der Jahre entstandenen Gruppen haben die sozialdemokratischen Ansprüche glänzend (?) abgeschlagen. Die sozialdemokratischen Kreisen selbst gibt man das zu. (?) In den Kreisen der Staatsbeamter, besonders der Eisenbahn-Werkstättenbeamter, war der Erfolg etwas größer. Hier haben jetzt aber die sozialdemokratischen eingefallen. Sie entwickeln sich stetig und gründen die Sozialdemokratie planmäßig den Boden so, daß deren Bewegung auch hier eine rückläufige (?) geworden ist. Man sieht, daß die rote Flut gar

nicht so überaus sieghaft ist, wenn sie nur in richtiger Weise kämpfen werden. In letzter Zeit bemüht sich die Sozialdemokratie überaus eifrig um die Land- und Forstbeamter, dabei, wenn auch langsam, gewisse Erfolge erzielend. Will man sie auf diesem Gebiet mit Erfolg bestreiten, so ist es höchste Zeit, eine auf nationale Grundlage schiedende Gegenorganisation zu gründen.“

Die Fragezeichen in den vorstehenden Zeilen stammen von uns und zeigen an, an welchen Stellen die Phantastie des Schreibers dieser Zeilen die Tatsachen gar zu sehr verdeckt hat. Der ganze Sermon ist von Anfang bis zu Ende großer Quatsch. Zunächst hat der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, die Reichsleitung der Eisenbahner und die Landarbeitergewerkschaft mit der sozialdemokratischen Partei überhaupt nichts zu tun und zum andern würden die Briefe und die übrigen gelben Vereinsgebäude unter den Unterbeamten sofort mit Zähnen aufwürgen, wenn ihr Mitgliedertum nicht ein geradezu lässiger wäre. Der Wunsch ist der Vater des Gedankens bei der ganzen Schreiberei. Die Kreise, die es angeht, die Unterbeamten, Gemeinde- und Staatsarbeiter mögen aus dem Zittern aber erlösen, doch so als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie gebraucht und daran verhindert werden sollen, sich Organisationen anzuschließen, mit Hilfe deren ihre soziale Besserstellung allein möglich ist. Um das zu erreichen, schreift man vor offensichtlichen Schwächen nicht zurück.

Der Ringbildung sind 15 Ziegelseien geschritten, die unter der Firma Vereinigte Oldenburger Klinkerwerke, G. m. b. H. sich zusammen geschlungen haben. Die Jahresproduktion dieser Ziegelseien wird auf 50 Millionen Steine gesetzt. Es ist dies die zweite derartige Vereinigung im Herzogtum.

Der Hafenverkehr wies in Ankunft und Abgang der Schiffe im Monat Februar und März nach dem Gemeindeblatt folgende Zahlen auf: Angekommen sind im Februar 64, im März 70 Schiffe, abgegangen sind im Februar 55, im März 66 Schiffe.

Die Leistung der öffentlichen Bibliothek stehen aus und werden vom 28. d. M. ab veröffentlicht: Albrecht, A.: Neuhebräische Grammatik auf Grund der Mischna. München 13. — Brechts Tierleben. 4. Aufl. brsg. von Otto zur Strafan. Die Vogel. Bd. 4: Sperlingswölfe. Leipzig 13. — Decennale, Pier Candido: Leben des Philipp Maria Visconti und Taten des Francesco Sforza. Uebers. und eingeleitet von Philipp Junck. Jena 13. — Hornad, Otto: Wilhelm von Humboldt. Berlin 13. (Seitesshelden Bd. 62.) — Fahrbücher der Philosophie. Eine kritische Überblick der Philosophie der Gegenwart. Hrsg. von Max Tristchenko-Köhler. 1. Jahrgang. Berlin 13. — Jahrbücher für Volks- und Jugendspiele hrsg. von G. Raddi. 22. Jahrgang. Leipzig 13. — Infellura, Stefano: Römische Tagebuch (bis 1494). Uebericht und eingeleitet von Hermann Hefele. Jena 13. — Justitia. Freischrift zu Hermann Cohens nebstem Gedächtnisschulge. Berlin 12. — Meyer, Julius: Authentische Mitteilungen über Kaiser Hawerl. Auf Grund der Gerichtsakten. 2. Aufl. Ansbach 13. — Riemann, Carl: Die deutschen Salzglaserstätten, ihr Vorkommen, ihre Entstehung und die Verwertung ihrer Produkte in Industrie und Landwirtschaft. Leipzig 13. (Aus Natur und Geisteswelt 407). — Schempf, Christoph: Lessing. Leipzig 13. (Aus Natur

und Geisteswelt 403). — Textbücher zu Studien über Wirtschaft und Staat. Hrsg. von G. Hostom. Bd. 3: Adam Smith. Berlin 13.

Osterburg, 24. April.

Der Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband feiert am Sonntag sein Stiftungsfest in der „Tonhalle“, wo er Freunde herzlich eingeladen sind.

Delmenhorst, 24. April.

Der Stadtmaistrat macht auf die in den Oldenburgerischen Anzeigen in Nr. 80 und folgende veröffentlichte Bekanntmachung des Großerzbischöflichen Ministeriums der Finanzen vom 2. April 1913, betreff. Aufforderung in Betreff der Beonklagung zur Einfuhrsteuer und Vermögenssteuer aufmerksam. Aus der Bekanntmachung wird hier folgendes besonders hervorgehoben: Jeder, welcher im Vorjahr ein Einkommen von 1200 Mark und mehr verzeichnete, hat ein gekennzeichnetes Einkommen und Vermögen auf vorgeschriebenem Formular anzumelden. Steuerpflichtige, welche niedriger veranlagt waren, sind ohne weiteres zur Anmeldung ihres Kapitalvermögens und des Ertrages deselben verpflichtet. Schuldfinder, dauernde private Kosten, Renten, öffentlich rechtlicher Natur, sowie Beiträge zur Witwen-, Weisen- und Pensionssäulen und Lebensversicherungsprämien sind nur abzugsfähig, wenn sie in jedem Jahre besonders auf vorgeschriebenem Formular angemeldet werden. Alle Anmeldungen haben bis spätestens 10. Mai einschließlich zu erfolgen. Formulare dafür werden im Steuerbüro, Rathaus I, Zimmer Nr. 6, oben, unentgeltlich abgegeben. Denjenigen Steuerpflichtigen, welche im Vorjahr 1200 Mark und mehr verzeichneten, wird vom Vorständen des Schatzungsausschusses ein Steuererklärungsformular zugeschickt. Der Nichtempfänger desselben entbindet aber nicht von der vorstehend bezeichneten Anmeldepflicht. Wer unter 1200 Mark versteuerte und Schulden u. u. anmelden will, muß sich das Formular selbst holen oder die Anmeldung im Steuerbüro zu Protokoll geben.

Nordenham, 24. April.

Die Frühjahrs-General-Versammlung der Postbeamtenkasse für den Amtsbezirk Butjadingen findet statt am Sonntag, 27. April, nachmittags 3½ Uhr, in Denlers Rathaus in Buchholz. Die Tagesordnung ist folgende: 1. Rechnungsablage. 2. Vorstandseröffnung. 3. Entschuldigung des Vorlandes. 4. Bericht der Krankenhauskommission. 5. Freie Aussprache. Die stimmberechtigten Vertreter werden an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam gemacht und werden, sinnlich und vollständig zu erscheinen.

Der Arbeiter-Radsahrverein „Nordwest“ feiert am Sonntag, 27. April, im Sohle des Herrn Bitter „Rührer Hof“ in Ahrens sein diesjähriges Frühjahrsvergnügen, bestehend in Konzert, Saalfahrt und Ball. Die organisierte Arbeiterschaft von Nordenham und Umgegend ist hierzu freudlich eingeladen.

Leer, 24. April.

Die organisierte Arbeiterschaft von Leer veranstaltet in jedem Jahre einen Ausflug nach Logabirum (Waldkr.). Da der 1. Mai in diesem Jahre auf den Himmelfahrtstag

Der Entgleiste.

Roman von Wilhelm Holtzamer.

Nachdruck verboten.

34. Kapitel.

Sie gingen täglich zusammen spazieren. Weil wußte es jetzt so eingerichtet, daß er auf dem Heimweg mit ihnen zusammenkam. Es war ihnen allen drei ein Verhältnis geworden, die eine Stunde des Tages für sich ganz allein zu befreien. Fräulein Güßfeld genoss zusehends.

„Denken Sie, Doctor, daß ich früher gar nicht gehen konnte. Ich habe nie Spaziergänge vertragen. Es scheint mir, ich bin viel gefährlicher geworden als vorher.“

Er wollte ihr eine Erfahrung geben.

„Bitte, sagen Sie nichts. Ich habe das ganz von mir abgeschüttelt, das Sie der Arzt sind. Mein Arzt. Bitte, Doctor, verlügen Sie's auch, daß Sie die Kranken in mir, Ihren Patienten, nicht mehr leben. Das steht ja zwischen mir und Ihnen. Sie haben's doch auch Weiß gegenüber fertiggebracht. Mach das, weil er ein Mann ist?“

Philippe war verlegen.

„Sie lachte.

„Ich habe Sie erwacht, Doctor. Nicht wahr, wir Frauen sind auch Ihnen nur Dreiviertelgeschöpfe?“

„Durchaus nicht.“

„Durchaus nicht! Es wir viel zu rasch gejagt. Haben Sie sich einmal innerlich darüberhinweg geprägt? Genügt nicht. Durchaus nicht. — das sagten die Männer ja. Aber durchaus doch, das beweisen Sie auf Schritt und Tritt.“

Sie sprachen über die Frau. Philippe mußte zugehören, daß er wirklich noch nicht über die Frau nachgedacht habe. Eine kleine Größe der „Bewegung“ aber, die er in einer Hochstadt persönlich kennengelernt habe, die sei ihm wirklich so dilettantisch-abstoßend vorgekommen, daß er die drei heiligen A der Frau, Küche, Kirche und Kinder, entschieden vorgezogen habe.

„Sie sind kein Mensch,“ sagte Fräulein Güßfeld, „warum bleiben Sie an einem einzelnen Exemplar hängen? Das ist falsch. Warum sehen Sie nicht der Sache direkt ins Gesicht und belohnen Sie im Auge? Die Sache muß die Menschen erst herausbringen. Zumal dringen die Menschen erst die Sache hervor. Und da läuft denn viel Überraschung und Dilettantismus mit unter.“

Sie sprachen von den Frauen in Paris, in England, in Amerika.

Der Mann meint zunächst nur, er habe etwas zu verlieren — er denkt nicht daran und kann es noch nicht abschöpfen, was er auch gewinnen kann. Es geht ja nichts einseitig — die neue Frau wird auch den neuen Mann machen. Die Frau denkt zunächst nur daran, was sie gewinnen kann — sie denkt nicht, was sie auch verliert. Die Prinzessinnen im Leben hüren immer mehr ein als sie gewinnen. Denken Sie an Ihre Kollegen, die Aerztlinnen. Viele sind gewiß nicht Frauen geblieben und haben nur noch einen Beruf. Das ist aber eine Einseitigkeit mit einer anderen verbunden.

„Ja,“ sagte er, „die Frau muß zuerst Frau sein, wie der Mann zuerst Mann ist.“

„Ja, Doctor. Man müßt wissen, was es heißt, zuerst Frau sein. Aber das der Mann zuerst Mann ist, das finde ich gar nicht. Höchstens in seinem Egoismus.“

„In welchem Egoismus?“

„In dem Egoismus seines Herrschens, das ja vielen Frauen ja eine angenehme Selbstverständlichkeit ist.“

Rum wußte er nicht weiter. Sie war ihm über dorin. Das freute ihn und erregte ihn. Seine Freude unterdrückte er, seinem Arger gab er Ausdruck.

„Sie geben doch zu, daß in all dem viel Phrasen ist.“

Sie schwiebte auf und machte ihn mit ihren klaren Augen.

„Danke, Doctor!“

Das war ein keiner Nebengeruch. Er zog den Rock ein und sah zur Seite. Er schwiebte sich.

„Ich meine,“ stotterte er, „in allem, was wir darüber reden können und was darüber vorgetragen und geschrieben wird.“

Sie lächelte.

„Doctor, wenn man eine Bosheit gesagt hat, muß man sie aufrecht erhalten.“

Er wußte nicht recht, wie nun zulassen, und rätselte sich in seiner Verlegenheit am Vorte.

„Bleiben wir bei der Phrase. Phrase ist in allem — in allem, was Theorie ist. Auch in Ihrer Willenshaft. Wir Ärzte haben vielleicht da über einen Ausgleich, wir seien rasch ins Leben um. Das Flüchtige, das ist das Leben, das ist der Mensch zum Menschen. Und ich hab alles Störte.“

„Sie sind mir nicht böse?“ fragte er.

„Würden Sie das auch einen Mann gefragt haben, Doctor? Nicht wahr, bei einer Frau muß man sich gleich

auf ihr Schnullen einrichten. Nun, dann will ich Ihnen auch sagen, ich habße solche Frauen.“

„Sie halten sehr!“

„Ja, erlahn ja! Das habe ich in meiner Jugend gelernt. Das ist das Verdienst meiner Pension. Nur in meiner Pariser Pension war Liebe. Aber in meiner Berliner. Die Preußen sind ein so robustes Volk, weil sie mit ihrer Anteiligkeit in eine Kulturzeit hineingetragen. Das kostet sie so unerträglich. Mir tut jeder Mensch leid, der bei ihnen seine Jugend hat zubringen mußten.“

„Und bei uns in Süddithmarschen?“

„Das ist Kultur — aber sie wird Ihnen bald aufgezeigt sein. Sie hätten die Porto Weltweltausstellung zumaufen und sich wenigstens den Rhein bewahren sollen.“

„Treiben Sie auch Politik?“

„Nein! Soweit ich über das Leben berührt, ja! Ich will doch nicht wie ein Laien und Blinder an meiner Zeit vorbeigehen. Sie tun mir wohlbekannt. Das ist eben deutsch. Darum sind Kunst und Wissenschaft und Leben auch so getrennte Gebiete in Deutschland. Aber zum Westen gehört nicht Trennung, sondern Zusammenhängen. Weil auch das Leben Zusammenhängen ist, nicht Trennung.“

Philippe schwieg. Es wirkelte ihm ein wenig. Als ehrlicher Eigenbröder hatte er sich eine so feine Schlaraffenwelt gerechtgemacht — in der ward's nun lebendig wie in einem Eisenbahnkabinett. Ein Zappeln und Krabbeln, ein Hin und Her — wo sollte das dinwas. Der schöne Schlaraffenbahn drohte zusammenzufallen: hatte sie recht oder hatte sie nicht?

Und dann sah ihm noch ein ganz persönlicher Stachel in der Seele. Was sie vorhin von Mann und Frau gesagt hatte. Da war ihm etwas ins Fleisch gegangen. Und etwas war noch unerledigt. Es erwägte ihn. Er sich das andere fallen und kam auf diesen Punkt zurück.

„Sie sagten, Sie habßen Frauen, bei denen sich der Mann auf das Schnullen einrichten muß. Sagen Sie — und wie denken Sie von den Männern, die sich darauf einrichten?“

„Sie Unterscheidungsgaben und Instinkte waren viel zu feine, als daß sie nicht sofort gewittert hätte, wo hier der Grund zu diesem unständlichen Zurücktreten zu suchen war. Sie ward unruhiger und wußte einen Augenblick lang nicht, was sie antworten sollte.“

„Sind Sie zu einer, Doctor?“

Aber sie bereute schon die Frage und hätte sie gerne



